



Wortprotokoll

Berlin, den 10. Mai 2023, 12:16 Uhr
Fraktionssaal der SPD, PRT 3 S 001

Gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Klimaschutz und Energie

Vorsitz:
Michael Grosse-Brömer, MdB
Klaus Ernst, MdB

Tagesordnung

Einzigiger Tagesordnungspunkt Seite 2

Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu der aktuellen Berichterstattung zur Personalpolitik und Stellenbesetzung durch das BMWK

*In Anwesenheit von
Bundesminister Dr. Robert Habeck, MdB,
Staatssekretär Dr. Patrick Graichen,
Staatssekretärin Anja Hajduk,
Parlamentarischer Staatssekretär
Stefan Wenzel, MdB*



Einzigster Tagesordnungspunkt

Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu der aktuellen Berichterstattung zur Personalpolitik und Stellenbesetzung durch das BMWK

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich denke, wir können dann langsam beginnen. Wir sind auch schon etwas über der Zeit. Ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer, in dieser Legislaturperiode ersten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie und des Wirtschaftsausschusses und ich hoffe, dass wir alle Hürden, die geschäftsordnungsmäßig mit dem verbunden sind, gut überwinden. Ich begrüße recht herzlich in unserer Mitte Herrn Minister Habeck, die Staatssekretäre Graichen und auch Herr Wenzel und Frau Hajduk sind anwesend. Recht herzlichen Dank, dass Sie Zeit für uns hatten. Wir haben heute ein wichtiges Thema auf der Tagesordnung, nämlich den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu der aktuellen Berichterstattung zur Personalpolitik und Stellenbesetzung durch das BMWK. Ähnlich gleichlautend die Tagesordnung im Wirtschaftsausschuss. Jetzt wollte ich noch ein bisschen etwas zu den Regularien sagen, die wir heute hier einhalten wollten und sollten. Als Erstes: Diese Sitzung kam zustande aufgrund eines Antrages der Koalitionsfraktionen, nämlich dass wir eine gemeinsame Sitzung machen. Der ist nicht überall auf Zustimmung gestoßen, aber wurde dann in beiden Ausschüssen so beschlossen. Zweitens: Wir haben auch mehrheitlich beschlossen, dass die Sitzung nicht öffentlich sein sollte, es gab auch Anträge die Sitzung öffentlich zu machen. Drittens: Es ist im Wirtschaftsausschuss besprochen worden, deswegen muss ich das hier noch einmal ansprechen, ein Wortprotokoll zu führen. Ich gehe davon aus, dass auch die Ausschussmitglieder des Ausschusses für Klimaschutz und Energie damit einverstanden sind. Geht schon los, Entschuldigung, bitte da haben Sie ein Mikrofon.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Ergänzend noch: Wir hatten beschlossen, dass ein zeitnahe Versand des Wortprotokolls erfolgen soll.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Gut, über diese Regularien müssen wir uns dann noch einmal unterhalten, wie wir das machen. Das wird gleich der Kollege Grosse-Brömer machen, der für den Wirtschaftsausschuss dann auch gleich noch ein paar Worte sagen wird. Zum Letzten: Ich wollte sagen: Das Format wird so sein, dass wir jede Fraktion vier Mal drannehmen können mit jeweils vier Minuten für Frage und Antwort. Also je kürzer die Frage, desto länger die Antwort. Ich werde auf die Zeit, wir werden auf Zeiteinteilung relativ genau achten müssen, damit jede Fraktion einigermaßen gleich behandelt wird. Also vier Blöcke à vier Minuten für Frage und Antwort an den Herrn Minister oder jeden Staatssekretär, wen Sie auch immer ansprechen wollen. Das waren jetzt der Vorworte von meiner Seite genug. Ich übergebe jetzt an Herrn Grosse-Brömer, der dann auch in der ersten Phase die Sitzungsleitung und die Wortmeldungen zuteilen wird.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Herzlichen Dank, ich begrüße natürlich auch alle sehr herzlich, bitte auch um Nachsicht, dass wir als Wirtschaftsausschuss minimal verspätet waren. Wir haben halt auch noch eine Anhörung gehabt und hatten schon eine reguläre Sitzung und das war alles nicht so einfach, weil Opposition und Regierung manchmal unterschiedliche Auffassungen haben. Das wird ja heute hier völlig anders sein. Aber wir werden eine spannende Sitzung sehen. Wir haben uns auf dieses Format verständigt, das im Wirtschaftsausschuss nicht so bekannt ist, aber im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, in dem man diese vier Minuten auch für einen wechselseitigen Schlagabtausch nutzen kann, glaube ich, so habe ich das jedenfalls verstanden. Darauf haben wir uns verständigt. Das ist angesichts der Gesamtumstände eigentlich ganz gut. Ich habe nach wie vor nicht sofort das Verständnis gehabt, warum wir nicht getrennt hätten tagen können,



denn auch dann wäre doch, glaube ich, eine entsprechende Befragung möglich gewesen. Aber es ist nun beschlossen und so wollen wir das auch handhaben. Mehrheitsbeschlüsse sind natürlich zu respektieren. Auch ich begrüße natürlich den Herrn Minister und die jeweiligen Staatssekretäre mit ihrem Aufgabenbereich und schlage jetzt vor, dass wir sofort in die Befragung einsteigen. Bevor wir in die Befragung einsteigen, ist vereinbart worden, glaube ich, da war ich noch nicht hier, dass sowohl der Minister als auch Herr Graichen drei Minuten Zeit bekommen, um kurz einige einleitende Worte zu sagen. Ich glaube es war so, dass Herr Graichen anfängt oder der Herr Minister fängt an. Vielleicht können Sie auch gleich einmal etwas dazu sagen, warum wir diese gemeinsame Sitzung machen und nicht eine getrennte Sitzung möglich war, aber bitte, Sie haben das Wort.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Sehr geehrter Herr Vorsitzender oder beide Vorsitzende, dazu kann ich leider gar nichts sagen, weil das reines Legislativhandeln ist. Die Ausschüsse entscheiden so wie sie es wollen. Ich kann aber sagen, dass ich es bedauere, dass es nicht öffentlich ausgestrahlt wird. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn die Öffentlichkeit teilhaben kann an dieser Sitzung. Wie gesagt ich kann mich zu den Ausschussabstimmungen nicht äußern, ich möchte aber darauf hinweisen, dass die wahrscheinliche Interpretation dessen, was hier passiert, muss man jetzt nicht besonders clever sein, der Sachverhaltsaufklärung sicherlich nicht dienen wird. Es wäre, glaube ich, gut gewesen, die Öffentlichkeit hätte sich ihr eigenes Bild gemacht. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Vorsitzende, noch einmal, ich begrüße es sehr, dass es diese Ausschusssitzung gibt. Ich habe beide Ausschüsse als außerordentlich differenziert und sachbezogen arbeitend kennengelernt und das scheint mir in dieser Sache auch angezeigt zu sein. Wir sind alle Politikerinnen und Politiker und wir wissen, dass es nicht immer um Sachaufklärung geht, sondern um Macht, um

Machtinteressen, um Zustimmung, um Mehrheiten und es ist auch richtig und okay. Dennoch glaube ich, es ist wichtig, dass wir die Kraft zur Differenzierung, obwohl wir in diesem politischen Raum leben, immer wieder aufbringen und so wollen wir es heute hier handhaben, jedenfalls von meiner Seite. In den letzten Wochen und Monaten, und das möchte ich gerne voranstellen, wurde mit einer Härte und teilweise einer Häme, die weit über das übliche Maß hinausgeht, geredet und gearbeitet. Dabei wurden Unterstellungen und Unwahrheiten in die Welt gesetzt. Es fielen böse Formulierungen und die Arbeit des gesamten Wirtschaftsministeriums ist teilweise diffamiert worden. Dabei wird zum Teil alles mit allem vermengt, ich gehe gleich noch einmal darauf ein, aber erlauben sie mir bitte zum Anfang, dass ich mich in dieser Sitzung vor mein Haus, vor die Kolleginnen und Kollegen stelle und dass ich mich gegen pauschale Verdächtigungen, Unterstellungen und auch Beleidigungen ihnen gegenüber extrem verwahre. Die Menschen, die im Wirtschafts- und Klimaschutzministerium arbeiten, teilweise schon sehr lange dort arbeiten, die einen Beamteneid geschworen haben, sie leisteten und leisten Herausragendes. Und, wenn ich das sagen darf, in einigen Fällen sicherlich mehr und Relevanteres als Einige, die sie beleidigt haben. Erlauben Sie mir weiterhin folgende Anmerkungen: Wir Politikerinnen und wir Politiker verfolgen oft Taktik und setzen die Sachen strategisch auf. Wie gesagt: Es geht um Macht und Machtinteressen, das ist unser Beruf und insofern auch in Ordnung. Es ist Teil des politischen Betriebes. Aber ab und zu muss man sich eben auch selbst fragen und hinterfragen, ob man den eigenen Umgang mit der Macht immer genügt. Ich habe das in den letzten Tagen häufig getan und meine Entscheidung immer wieder daraufhin überprüft. Deshalb haben wir Fehler eingeräumt, wo sie passiert sind. Diese Überprüfung allerdings, ob man den eigenen Ansprüchen genügt, muss Jeder und Jede für sich selbst machen und ich bin



mir nicht sicher, ob alle Kolleginnen und Kollegen der Opposition sich diesem Spiegelblick unterziehen.

Lassen Sie mich zur Sache kommen, es gibt vier Komplexe zu unterscheiden. Erstens das GEG, also das Gebäudeenergiegesetz, ein Gesetz, das zu vielen Debatten führt, Debatten die notwendig sind. Ein Gesetz, das aus meiner Sicht ebenfalls notwendig ist, um das einzulösen, was die Vorgängerregierung beschlossen hat, nämlich Deutschland klimaneutral zu machen und Verbraucherinnen und Verbrauchern vor dann kommenden hohen Preisen zu schützen. Ein Gesetz, das natürlich auch Interessen berührt, Interessen in diesem Fall von Öl- und Gasfirmen und zwar negativ. Ich weiß also, dass es Widerstand gegen das Gesetz gibt, aber ich denke, und das ist mein Punkt, man sollte die Debatte über die erneuerbare Wärme versus Öl- und Gaswärme nicht über Angriffe auf die Person führen, sondern in der Sache.

Zweitens abgesetzt davon: Die Stellenbesetzung zu Anfang der Legislaturperiode, der zweite Punkt, den man unterscheiden muss. Ja, es wurden in meinem Ministerium, um die Funktionsfähigkeit der Koalition über die Vizekanzlerschaft zu gewähren, neue Stellen geschaffen. Aber weniger als zum Beispiel bei der Regierungsbildung 2018, da wurden 41 Stellen geschaffen, bei uns 35. Alle Stellen, die geschaffen worden sind, sind mit kw-Vermerk versehen, also an die Aufgabe der Vizekanzlerschaft gebunden. Sollte die wegfallen, fallen die Stellen auch weg. Staatssekretärin Hajduk kann dazu im Detail gerne länger berichten.

Dritter Komplex, ebenfalls abgesetzt davon: Die Vorwürfe gegen die Verwandtschaftsverhältnisse von Staatssekretär Kellner und Patrick Graichen. Hier ist von beiden selbständig, gleich zu Beginn der Legislaturperiode Transparenz hergestellt worden. Es wurden darauf unmittelbar Brandmauern eingezogen und die Strukturen entsprechend aufgestellt. Die Abteilungsleitungen wurden schriftlich darüber informiert, dass Vergabeverfahren, die das Ökoinstitut und den BUND e.V. betreffen,

nicht über den Schreibtisch des Staatssekretärs gehen dürfen. Und umgekehrt möchte ich darauf verweisen, dass der Bundesgerichtshof im Juni 2020 bereits geurteilt hat, dass ein Interessenkonflikt, den es natürlich geben kann, eine pauschale Vergabesperre nur insoweit rechtfertigen kann, als die Gefahr eines Einflusses auf ein Vergabeverfahren nicht mit anderen, milderer Mitteln gebannt werden kann. Es ist also oder wäre nicht zulässig, einen ganzen Verein pauschal von Ausschreibungen auszuschließen. Es ist vielmehr die Aufgabe der Behörde, ein geeignetes Verfahren zur Vermeidung von Interessenkonflikten aufzusetzen und genau das haben wir gleich nach Amtsantritt getan.

Und jetzt zu dem vierten Themenkomplex, alles zu unterscheiden und nicht zu vermengen: Die Neubesetzung der dena-Geschäftsführung. Ja, hier ist ein Fehler passiert, der nicht hätte passieren dürfen. Wir haben ihn eingestanden, wir haben die Konsequenzen gezogen und es ist richtig, es ist natürlich auch berechtigt zu fragen, ob der Fehler so gravierend ist, dass ich Staatssekretär Patrick Graichen entlassen muss. Und natürlich habe ich mir diese Frage gestellt und sicherlich Patrick Graichen ebenfalls sich selbst. Ich habe sie verneint. Erstens wird die Ausschreibung wiederholt, natürlich macht das den Fehler nicht ungeschehen, das ist mir wohl bewusst, aber es erlaubt, dass eine neue dena-Geschäftsführung befreit von den Befangenheitsvorwürfen arbeiten kann. Zweitens wurde die Sensibilität für mögliche Interessenkonflikte noch einmal gestärkt. Als Lehre daraus wird die Findungskommission breiter aufgestellt und es werden bessere Vorkehrungen getroffen, damit Interessenkonflikte nicht entstehen können. Das begrüße ich ausdrücklich.

Fehler müssen als Fehler benannt werden, das haben wir getan. Aber mein Punkt ist, die Vorwürfe, die teilweise erhoben wurden, setzen sich zum Teil auch aus einem Gespinnst von Unterstellungen und gar falschen Behauptungen zusammen. Ich habe dazu das Meine am Anfang gesagt, ich möchte, dass wir die Kraft



zur Differenzierung aufbringen. Wir werden differenziert antworten. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Das ist auch gut und richtig so, ich würde nur darum bitten, die drei Minuten, wenn es geht, einzuhalten, das waren gerade sechs, also hätten Sie eigentlich gar keine Redezeit mehr, aber das ändern wir natürlich jetzt.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich habe bei dem Besetzungsverfahren der dena-Geschäftsführung einen Fehler gemacht, den ich sehr bedauere, den ich auch sehr bereue. In dem Moment, als klar war, dass mein Trauzeuge und langjähriger Freund Michael Schäfer sich auf die Stelle bewirbt, hätte ich mich aus der Findungskommission zurückziehen müssen. Ich will mein Verhalten nicht rechtfertigen. Wenn ich es versuche zu erklären, dann war es so, dass ich ausschließlich daran interessiert war und nach wie vor bin, dass die Deutsche Energieagentur eine exzellente Geschäftsführerin oder einen exzellenten Geschäftsführer bekommt. Das ist ja auch der Auftrag der Findungskommission. Michael Schäfer ist aufgrund seiner Qualifikation und Erfahrung in der Klima- und Energiepolitik zweifelsohne ein hervorragender Kandidat gewesen. Als er mich informiert hat, dass er sich bewerben wird, habe ich ihm dann sehr deutlich gesagt, dass unsere Freundschaft in diesem Verfahren kein ausschlaggebender Grund für das Ergebnis sein darf, weder in die eine, noch in die andere Richtung. Die Personalagentur hat die Mitglieder der Findungskommission gebeten, mögliche Kandidaten zu nennen. Da habe ich etliche Namen von aus meiner Sicht herausragenden Kandidatinnen und Kandidaten genannt. Die wurden dann auch zur Bewerbung aufgefordert, haben sich auch zum Teil beworben und waren in der Endauswahl. Von den elf Kandidatinnen und Kandidaten, die die Personalagentur ausgewählt und der Findungskommission vorgeschlagen hat, haben ich neun vorher aus beruflicher Tätigkeit schon gekannt. Das ist eine Folge dessen, dass ich seit über 20 Jahren

in der Klima- und Energieszene unterwegs bin. Insofern war es für mich eine graduelle Abstufung, wen der Bewerberinnen und Bewerber ich wie gut kannte. Wie gesagt, ich will mich damit nicht rechtfertigen. Das ist aber vielleicht eine mögliche Erklärung, die erkennen lässt, warum ich diesen Fehler gemacht habe. Ich habe in dem gesamten Verfahren weder Michael Schäfer noch einem anderen Bewerber irgendwelche Hinweise gegeben oder Vorteile verschafft. Ich habe das Ziel gehabt, ein starkes Bewerberfeld zu haben, bei dem er einer von mehreren guten Kandidatinnen und Kandidaten ist und der oder die Beste sich durchsetzt. Heute ist mir klar, ich hätte auf Grund der Kandidatur von Michael Schäfer mich sofort aus der Findungskommission zurückziehen müssen. Ich habe gedacht, es genügt, wenn meine Stimme nicht den Ausschlag gibt, wenn ich mich in der Findungskommission bei der Bewertung seiner Person zurückhalte, das war falsch, das bedauere ich.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Herzlichen Dank Herr Graichen. Dann kommen wir nach diesen einleitenden Stellungnahmen zu der ersten Fragerunde und das Wort hat die Kollegin Dr. Scheer von der SPD-Fraktion.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Vielen Dank. Ich hätte meine Frage zu richten an Herrn Habeck und zwar: Herr Habeck, könnten Sie nochmal darlegen, wie im Wirtschafts- und Klimaministerium die Linie verfolgt und im Detail umgesetzt wird, dass eine Interessensverflechtung und auch der Anschein einer Interessensverflechtung bei Personalentscheidungen und weiteren Vorgängen ausgeschlossen wird und dies im Detail natürlich auch durchaus in Bezugnahme auf die aktuellen Personalentscheidungen nochmal darlegen. Vielen Dank.

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Es gibt im Ministerium, und zwar schon vor meinem Amtsantritt, eine umfängliche Aufstellung,



Compliance-Regeln einzuhalten beziehungsweise Interessenkonflikte zu vermeiden oder anzuzeigen. Es ist ja offensichtlich, dass ein Wirtschaftsministerium eng an der Wirtschaft operieren muss und dass diese Gefahr einer Grenzüberschreitung dort permanent gegeben ist. Es gibt ein Compliance Referat¹, es gibt einen Beauftragten, bei dem man Anzeigen machen kann, einen Kanal legen. Es gibt umfangreiche Richtlinien, die auch noch einmal ausdifferenzierter sind, als die Richtlinien, die insgesamt für Mitglieder der Bundesregierung oder für Beamte gelten. Die sind nachzulesen auf verschiedenen Homepages oder beziehungsweise im Detail auch dem Ausschuss gerne vorzulegen. Aber personell wie inhaltlich ist das Ministerium vor solchen Fällen insgesamt gewappnet und unabhängig von diesem Einzelfall gilt es natürlich für alle Mitglieder in allen Kommissionen, von Referenten bis Abteilungsleitern, dass sie sich daran halten müssen. In diesem konkreten Fall haben Patrick Graichen und Michael Kellner, schon bevor ich vereidigt wurde, mich darauf hingewiesen, dass es dieses Verwandtschaftsverhältnis gibt. Dann gab es noch einmal vom Compliance Referat ausgeführt einen Vermerk, wie bei Vergabefällen für das Ökoinstitut und den BUND e. V. zu verfahren ist: Nämlich nicht über den Schreibtisch von Patrick Graichen und den entsprechenden Brief, den ich erwähnt habe.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Vielen Dank. Frau Kollegin Dr. Scheer, Sie könnten jetzt noch weitere Zeit nutzen, falls Bedarf besteht, denn Sie haben noch 1 Minute 50 Sekunden.

Abg. Dr. Nina Scheer (SPD): Dann hätte ich noch eine kurze Frage an Herrn Graichen, ob

es richtig verstanden wurde mit meinen Ohren, dass aber in dem Zeitpunkt der Personalentscheidung durchaus das Bewusstsein da war, dass hier eine Situation besteht, man aber eben sich dennoch bewusst war, dass diese Situation, diese, wenn man es so sagt, Interessensverflechtung, dass diese objektiv betrachtete Interessensverflechtung, dass die aber nicht entscheidungsrelevant sein konnte, wie Sie ja gerade ausführten in Bezug auf die Mehrheitsverhältnisse oder auf Grund der Mehrheitsverhältnisse in der Findungskommission. Habe ich das richtig verstanden?

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Herr Dr. Graichen, bitte.

StS Dr. Patrick Graichen (BMWK): Ja, es war insofern so, als dass ich alle Bewerberinnen und Bewerber, oder fünf von den sechsen, unterschiedlich gut gekannt habe. Insofern gab es für mich graduell einen Unterschied, mit welchen Vorerfahrungen man die Bewerberinnen und Bewerber beurteilt. Ich habe mir gesagt, wenn ich mich zurückhalte bei der Frage, was die Mehrheit angeht, und als dann die Diskussion auf Herrn Schäfer fiel, als Denjenigen, der sich durchsetzt, dann war es mir ein Anliegen, dass das von den anderen Mitgliedern der Findungskommission voll umfänglich getragen wurde.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Vielen Dank, ich glaube, die verbleibenden elf Sekunden kann man nicht mehr nutzen. Der Kollege Jung für die CDU/CSU, bitte.

Abg. Andreas Jung (CDU/CSU): Herr Minister, die Herren Vorsitzenden, ich möchte an dieser Stelle nochmal betonen: meine Fraktion hat die Öffentlichkeit dieser Sitzung beantragt.

¹ Hinweis des BMWK: Es handelt sich um das zentrale Rechtsreferat.



Wir sind jederzeit bereit, darüber auch nochmal abzustimmen, wenn es einen Sinneswandel bei den Fraktionen der Ampel geben sollte. Wir können jederzeit die Öffentlichkeit herstellen. Da es einigen Zuspruch gibt, stelle ich jetzt diesen Antrag, dass wir die Öffentlichkeit herstellen. Ich teile nämlich die Einschätzung, es gibt ja offenkundig ein großes öffentliches Interesse an diesen Fragen. Das ist richtig, das ist öffentlich und transparent herzustellen, haben wir so beantragt und bitte ich jetzt darüber abzustimmen und es nicht auf meine Redezeit anzurechnen. Danke.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Ja, der Hinweis von Bernd Westphal, der dazwischen gerufen hat: „Das haben die Ausschüsse schon gemacht.“ ist zwar richtig, aber das ist ja eine neue Sitzung, eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse, insofern kann der Antrag natürlich gestellt werden. Und so, wie ich das sehe, müssen wir darüber jetzt abstimmen lassen. Dann müssen wir nach... Wieso müssen wir das?

MR Lippold von Bredow (Sekretariat Wirtschaftsausschuss): Das steht in der Geschäftsordnung.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Dann müssen wir im Übrigen nach Ausschüssen getrennt abstimmen, so steht es wohl in der Geschäftsordnung. Da müssen wir dann notfalls, draußen sind ja die Listen auch vernünftig ausgelegt, dann müssen wir dann halt auch noch durchzählen können. Da wir nach Ausschüssen getrennt abstimmen müssen, schlage ich vor, dass wir mit der Abstimmung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie beginnen. Wir wollen das natürlich jetzt ordnungsgemäß machen. Das ist ja nicht der Regelfall, den wir hier zu bearbeiten haben. Beraten mehrere Ausschüsse in gemeinsamer Sitzung über denselben Verhandlungsgegenstand,

stimmen die Ausschüsse getrennt ab. Das ist jetzt die Grundregel in Paragraph 63 der Geschäftsordnung. Also stimmen wir jetzt getrennt ab und zwar über den Antrag des Kollegen Jung, die Öffentlichkeit dieser Sitzung herzustellen. Ich rufe also die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz und Energie auf, jetzt darüber abzustimmen. Wer ist für die Herstellung der Öffentlichkeit? Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf, dreizehn. Richtig, wieviel?

MR Harald Georgii (Sekretariat Ausschuss für Klimaschutz und Energie): Ich habe 15 gezählt.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Sie haben im Zweifel einen besseren Überblick?

MR Harald Georgii (Sekretariat Ausschuss für Klimaschutz und Energie): 15 mit Herrn Ernst.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Mit Herrn Ernst, den habe ich gar nicht gesehen. Das sind dann 15. Wer ist gegen die Herstellung der Öffentlichkeit? Das sind eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf. Stimmt das? Nochmal bitte, zählen Sie mal ein bisschen durch, Sie haben eine bessere Übersicht. Die Hände ganz hoch, sonst übersehen wir jemanden. Wir sind immer noch beim Klima-Ausschuss. Das sind vierzehn, wird mir gesagt. Also dann gibt es da schon mal eine Mehrheit von 15 zu 14 für die Herstellung der Öffentlichkeit.

MR Lippold von Bredow (Sekretariat Wirtschaftsausschuss): Es gibt noch eine Online-Stimme, fragen Sie mal bitte virtuell ab.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Es gibt auch noch virtuelle Teilnehmer. Auch die haben natürlich ein Stimmrecht, denke ich mal. ... Man muss sagen, Herr Mesarosch hat eine Genehmigung, sich virtuell zu beteiligen, damit hat er auch das Recht, mit abzustimmen,



und Herr Mesarosch ist gegen eine Öffentlichkeit dieser Sitzung. Damit wären es dann, wenn ich das jetzt richtig sehe, 15 zu 15. Dann haben wir die Abstimmung im Klima- und Energie-Ausschuss durch. Es ist ein interessanter Hinweis, aber die Abstimmung ist jetzt soweit... Das war ja zu erwarten. Nehmen Sie gerne wieder Platz, Herr Hilse. Ich wollte nochmals darauf hinweisen, wenn jemand ordentliches Mitglied in einem Ausschuss ist und gleichzeitig stellvertretend im anderen, hat er nicht zwei Stimmen. Vielleicht mal dem Verständnis nach. Kommen wir zum Ausschuss für Wirtschaft. Ein ganz toller Ausschuss, der wird jetzt gefragt, wie er abstimmt über die Herstellung der Öffentlichkeit.

MR Harald Georgii (Sekretariat Ausschuss für Klimaschutz und Energie): Eigentlich hat sich das doch erledigt. Wenn ein Ausschuss dagegen ist, braucht der andere nicht mehr abzustimmen.

MR Lippold von Bredow (Sekretariat Wirtschaftsausschuss): Wir sind ja in einer gemeinsamen Sitzung, wir können die Sitzung ja nicht teilen.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Die werden nicht zusammengerechnet? Das war doch jetzt ausgeglichen, das war doch nicht dagegen.

MR Lippold von Bredow (Sekretariat Wirtschaftsausschuss): Damit ist der Antrag aber abgelehnt, weil es keine Stimmenmehrheit gibt.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Man lernt ja immer noch dazu, auch wenn man ein paar Jahre Politik macht. Der Antrag, die Öffentlichkeit herzustellen, hat keine Mehrheit bekommen, sondern es gibt einen Stimmentausch und damit ist der nicht angenommen. Wenn ein Ausschuss das schon nicht

will, ist es eigentlich egal, wie der zweite abstimmt. Das ist dann das Ergebnis dieser Abstimmung. Gleichwohl würde ich diesen Antrag und das, was bislang dafür an Zeit notwendig war, nicht anrechnen, sondern wir beginnen jetzt mit der Wortmeldung des Kollegen Andreas Jung in einer nichtöffentlichen Sitzung. Die bleibt dann so. Bitte schön.

Abg. Andreas Jung (CDU/CSU): Ich möchte Herrn Minister fragen nach dem Verfahren zur Besetzung des Vorsitzenden der dena-Geschäftsführung. Da gab es ja eine Findungskommission, die Sie eingesetzt haben. Wann haben Sie diese Findungskommission eingesetzt und warum haben Sie sie so eingesetzt, obwohl ja Staatssekretär Philipp für die dena-Beteiligung zuständig ist?

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Die Findungskommission und das Auswahlverfahren liegt bei der dena, den Vorsitz hat der Parlamentarische Staatssekretär Wenzel. Deswegen rate ich, dass er antwortet, weil es nicht in meinem Aufgabenbereich liegt, für die dena zu sprechen, wenn das in Ordnung ist, Herr Vorsitzender?

PStS Stefan Wenzel (BMWK): Sehr geehrter Herr Jung, da Herr Staatssekretär Graichen federführend für die Abteilung II, III, WE und K zuständig ist, war es naheliegend, hier im Energiebereich den Staatssekretär mit in die Findungskommission zu nehmen, der sich fachlich auch am weitesten mit diesen Themen auseinandersetzt in seiner täglichen Arbeit. Die Letztentscheidung als zuständiger Staatssekretär für das Beteiligungsreferat, die hat dann Herr Staatssekretär Philipp getroffen.

Abg. Andreas Jung (CDU/CSU): Ich habe eine weitere Frage an Sie, Herr Minister Habeck. Wann haben Sie erfahren, dass Michael Schäfer Interesse an dieser Stelle hat und von wem und wie?



BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ich habe im März erfahren, wie das Auswahlverfahren, das vorläufige Auswahlverfahren ausgegangen ist. Da war dann Michael Schäfer als einer von dreien, die dem Aufsichtsrat vorgeschlagen hätten werden können. Dann hat die Headhunterin, die Personalagentur, geraten, nur eine Person, nicht drei vorzuschlagen und das war dann wohl der Bestplatzierte Michael Schäfer, also im März.

Abg. Andreas Jung (CDU/CSU): Und wie haben Sie davon erfahren?

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Im März, als das Personal, also die Findungskommission ihr Votum vorgestellt hat oder vorgeschlagen hat, wurde ich, ich meine vom Staatssekretär Wenzel, informiert, wie das Ergebnis ist.

Abg. Andreas Jung (CDU/CSU): Sie haben dann ausgeführt, dass am 24. April Staatssekretär Graichen Sie darüber informiert hat, dass Herr Schäfer sein Trauzeuge sei. Das sei Ihnen nicht bekannt gewesen, es sei Ihnen aber bekannt gewesen, dass die beiden bekannt seien. Da würde ich Sie bitten, das auszuführen. War Ihnen die langjährige Freundschaft der beiden bekannt?

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Nein. Ich bin davon ausgegangen, dass Michael Schäfer, der ja bei Agora gearbeitet hat, und Patrick Graichen, so wie viele andere, sich kennen, aber von einer Trauzugenschaft oder einer engen Freundschaft hatte ich keine Kenntnis.

Abg. Andreas Jung (CDU/CSU): Nach dieser Information am 24. April, welche Konsequenzen haben Sie gezogen bevor das zwei Tage später in der aktuellen Stunde von dem Kollegen Lenz thematisiert wurde?

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ich habe unmittelbar meinen Leitungsbereich gebeten, die

Verfahren zur Findung des neuen Geschäftsführers der dena aufzubereiten. Ich habe es eben schon in Replik auf Ihre erste Frage gesagt. Das ist eine Sache, die nicht über meinen Schreibtisch geht, mit der ich nicht befasst bin und war. Das hat dann der Leitungsbereich getan mit dem Ergebnis, und das war ja auch sofort klar, dass da ein extremes Problem vorliegt, mit dem Ergebnis, dass es compliancerelevant ist. Wir haben dann am 27. April das Compliance Referat um eine sofortige Einschätzung gebeten und die fiel entsprechend aus. Dann habe ich den Aufsichtsratsvorsitzenden Wenzel informiert, wie gesagt, das ist ja das Verfahren der dena, dass es angezeigt ist, das Verfahren neu aufzusetzen, und entsprechend auch die Öffentlichkeit informiert.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Eine sogenannte Punktlandung. Frau Dr. Nestle hat das Wort.

Abg. Dr. Ingrid Nestle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht einmal vorweg zu der Frage der Öffentlichkeit, die wir jetzt in fast jedem Statement bisher hatten. Ich würde nur gerne einmal darauf hinweisen: Wenn es wirklich darum gegangen wäre, hier Öffentlichkeit herzustellen und nicht nur den Punkt als formellen Punkt hochzuziehen, über den man hinterher sprechen kann, dann wäre es natürlich sehr hilfreich gewesen, diesen Antrag etwas früher zu erhalten. Weil Sie wahrscheinlich verstehen werden, dass wir versuchen, uns nicht nur in der Ampel gemeinsam abzustimmen, sondern es unser Ziel gewesen war, dass die beiden Ausschüsse gemeinsam mit gleichem Votum abstimmen. Das war dann tatsächlich nicht mehr leicht zu koordinieren, zu dem Zeitpunkt. Ich glaube, wir haben gerade alle auch gesehen, wie knapp das werden kann. Und ich glaube, wir waren auch alle ein bisschen neugierig, was eigentlich passiert wäre, wenn die Ausschüsse unterschiedlich abgestimmt hätten. So, das wollten wir natürlich gerne umgehen und da war natürlich...



Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Ich erlaube mir nur den Zwischenruf, wir haben erst am Montag den Antrag bekommen, dass wir gemeinsam sitzen. Das war auch für die Vorsitzenden ein bisschen schwierig, so etwas alles vorzubereiten.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war uns natürlich nicht bewusst, dass das dann wiederum Rückwirkungen haben könnte auf einen Öffentlichkeitsantrag. Der kam dann schon auch nochmal spürbar später.

Zurück zum Inhalt. Einmal möchte ich vorweg sagen, dass ich es beeindruckend finde, wie klar Patrick Graichen selbst, aber auch Minister Habeck, einfach sagt: Hier ist ein Fehler passiert. Ich glaube, niemand von uns kennt irgendeine Person, der noch nie ein Fehler passiert ist. Das heißt, die Frage ist nicht, ob Menschen Fehler machen. Sie sollten vielleicht nicht zu viele machen, aber einer passiert jedem ab und zu. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Ich glaube, ein sehr viel transparenteres Verfahren, als dieses, ist an dieser Stelle nicht denkbar. Ich finde es auch wichtig, noch einmal zu betonen an dieser Stelle, dass keiner im Ministerium, also auch gerade nicht Staatssekretär Patrick Graichen, sich an dieser Stelle irgendwie bereichert oder persönliche Vorteile verschafft hätte. Eine Frage möchte ich jetzt gerne an Patrick Graichen stellen. Da ja doch auch immer wieder so getan wird, als sei im Umfeld noch ganz viel anderes in der Verwandtschaft oder Freundschaft anrühlich, möchte ich doch nochmal zwei Punkte rausgreifen, die ich jetzt öfter gehört habe: Das eine ist, dass Verena Graichen im nationalen Wasserstoffrat sitzt. Da wäre meine Frage an Herrn Graichen: Wer hat sie eigentlich berufen? Ebenso wie die Frage: Wer hat eigentlich Felix Matthes vom Ökoinstitut, das ist ja auch reichlich Thema gewesen in der Presse in den letzten Tagen, in die Kohlekommission berufen?

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Bitte schön.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Verena Graichen wurde noch unter der alten Regierung von Herrn Altmaier in den Wasserstoffrat berufen in ihrer Eigenschaft als stellvertretende BUND Vorsitzende. Felix Matthes wurde in der letzten Legislaturperiode von der alten Regierung in die Kohlekommission, in den Wasserstoffrat und in die Wissenschaftsplattform Klimaschutz berufen.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Eine Minute haben Sie noch.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Minute habe ich noch, meinen Sie, ich soll nicht so viel kommentieren.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Sie müssen nicht, also keiner ist verpflichtet. Ich wollte Ihnen nur sagen, dass es die Möglichkeit betrifft. Wenn wir uns jetzt noch ein bisschen unterhalten, wird es natürlich knapper jetzt.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind es nur noch 59 Sekunden. Dann muss ich überlegen, welche Frage in den 59 Sekunden noch hereinspasst. Vielleicht können Sie uns einfach noch sagen, weil wir jetzt gerade schon beim Ökoinstitut an dieser Stelle sind, ob Sie uns eine Übersicht zur Verfügung stellen können, wie sich denn die Vergaben an Ökoinstitut und Agora entwickelt haben von der letzten Legislaturperiode zu dieser Legislaturperiode. Weil Sie vielleicht in den 30 Sekunden nicht mehr alles aufzählen können. Sonst frage ich es nächste Runde nochmal. Aber Sie könnten mir auch einfach sagen, wir kriegen da eine Aufstellung. Gerne auch Frau Hajduk.

StS **Anja Hajduk** (BMWK): Frau Abgeordnete, ich bitte um Entschuldigung für die kleine Unaufmerksamkeit meinerseits. Wir haben diese Entscheidungen entsprechend veröffentlicht



im Netz. Wir können den Link nochmal zur Verfügung stellen.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Dr. Kraft von der AfD. Ich glaube, das ist ein Wechsel zwischen Koalition und Opposition, deswegen machen Sie mal.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Wunderbar, auch freue ich mich, dass ich nach der Kollegin Nestle reden kann, das ist nämlich eine hervorragende Gelegenheit, auf dieses parasitäre Netzwerk von Beratergremien, die alle sich aus dem gleichen Sumpf der grünen Vorfeldorganisation heraus entwickelt haben, hinzuweisen. Dieses genannte Beratergremium, ein reines Inzuchtgremium, gehört komplett und vollständig abgeschafft. Sie haben beide, Herr Minister, Herr Staatssekretär, Sie haben Fehler eingeräumt. Das ist interessant. In der freien Wirtschaft, da haben Fehler Konsequenzen. Wenn ich eine chemische Fabrik falsch plane und ich mache einen Fehler, dann sterben am Ende Leute. Deswegen die Frage Herr Minister, Herr Staatssekretär: Was werden die Konsequenzen Ihrer fehlerhaften Handlung sein?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Ich würde gerne antworten Herr Vorsitzender. Ich möchte darauf hinweisen, dass Worte wie „parasitär“ aus der dunkelsten Geschichte der deutschen Zeit kommen und damit – hören Sie mir gut zu, Herr Abgeordneter – damit werden Menschen zu Ungeziefer gemacht. Das haben Sie gerade getan. Ich verwahre mich dagegen und ich weiß nicht, wie parlamentarisch damit umgegangen wird. Ich würde mir das nicht bieten lassen, dass so geredet wird. Das ist Nazi-Sprache. Ich habe bereits zu Ihrer Frage ausgeführt, dass es klar ist, dass ein Fehler begangen wurde, dass der Fehler korrigiert wird und das Verfahren neu aufgesetzt wird.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Herr Staatssekretär.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe bereits deutlich gemacht, dass ich den Fehler sehr bedaure und bereue. Ich werde insofern, was künftige Vergabeprozesse von Personalien oder jeglicher anderer Art angeht, mich einer sehr viel härteren Prüfung unterziehen, als ich es bisher getan habe augenscheinlich und weiter hart am Erfolg der Energiewende arbeiten.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Also keine ernsthaften Konsequenzen. Die Kollegin Nestle hatte angesprochen, die Frau Hajduk war so freundlich zu sagen, dass sie die Zahlen nachreichen wird, ich nehme das einfach mal so auf. Dann kann ich mir die Frage an dieser Stelle auch ersparen. Welche Zahlungen und weitere Aufträge nicht nur an Agora Energiewende, sondern auch an die anderen Agora Institute, an das Ökoinstitut etc. gegangen sind. Aber Frau Hajduk hat ja zugesagt, das nachzutragen.

Eine weitere Frage in Bezug auf Agora Energiewende: Ihre Kollegin, die Frau Außenministerin, hat befunden, dass Deutschland sich in einem angespannten Verhältnis mit China bewegt. Wie bewerten Sie es denn, wenn Agora Energiewende auf seinen Partnerseiten zwei bis drei chinesische Beratungsinstitute hat und diese als offizielle Partner von Agora Energiewende aufführt? Ein Land, das keine CO₂ Einbußen hat, ein Land, das reihenweise deutsche High Tech Unternehmen aufkauft, nachdem sie durch Ihre Energiewende in wirtschaftliche Schieflage geraten. Wie kann es zusammenpassen, dass die Agora Energiewende hier verpartnert ist mit staatlichen Beratungsinstituten?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Ich würde gerne auf die zweite Frage antworten, wenn ich Zeit genug habe, dann kann ich den Link auch vorlesen, aber zu den veröffentlichten



Zahlen vom Ökoinstitut, aber vielleicht sprengte ich dann Ihre wertvolle Redezeit. Sie können Sie ja selber nachlesen. Sie wissen, dass diese Bundesregierung und vor allem das Wirtschaftsministerium abweichend von der vorherigen Bundesregierung eine äußerst kritische Haltung gegenüber der Abhängigkeit von China in bestimmten Bereichen hat. Das heißt, dass wir in kritischer Infrastruktur, bei Investitionen, die kritische Produktionszweige in Deutschland betreffen, dazu gehört auch beispielsweise der Energiebereich, nicht die Fehler machen sollten, die wir bei Gasabhängigkeit von Russland gemacht haben. Ich würde mich übrigens freuen, wenn Ihre Sorge um die Unabhängigkeit der deutschen Infrastruktur sich ebenfalls auf ein totalitäres Angriffsregime, das die Ukraine gerade mit einem Krieg überzieht, bezieht.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Das tut es.

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Nein, das tut es nicht, wenn ich das richtig lese.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Was wissen Sie denn von meinem Abstimmungsverhalten?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Das heißt wiederum nicht, dass wir uns von China vollständig loslösen wollen, De-Risking, nicht De-Coupling, ist das Motto. Deswegen sollten wir gerade im Bereich von Dekarbonisierung und Umweltschutz mit China zusammenarbeiten, also die Kraft zur Differenzierung bitte ich auch an dieser Stelle aufzubringen. Es wäre ein Wahnwitz zu glauben, die deutsche Volkswirtschaft könnte sich von China losmachen. Darum geht es nicht. Es geht darum, in bestimmten kritischen Bereichen genau hinzuzugucken und in anderen Bereichen die Kooperation vernünftig aufs Gleis zu setzen.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Die Zeit ist abgelaufen, Herr Dr. Kraft. Ich wollte

Ihnen auch noch mitteilen, dass ich die Aufassung des Ministers zu Ihrer Wortwahl teile. Es wäre ganz schön, wenn wir das vermeiden könnten hier bei der künftigen Auseinandersetzung.

Das Wort hat jetzt der Kollege Kruse von der FDP.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde gern zu diesem zuletzt genannten Sachverhalt auch die Begrifflichkeit „Inzucht“ hinzufügen, die ja eben genannt worden ist. Die ist genauso unerträglich und in der Sache hier auch nicht zutreffend. Ich finde schon, dass wir im Umgang als Parlamentarier miteinander und auch mit der Regierung und den Regierungsvertreterinnen und -vertretern ein Mindestmaß an Respekt miteinander haben sollten und ich bin auch der Meinung, dass solche Begrifflichkeiten vom Parlamentarischen Sprachgebrauch nicht gedeckt sind. Insofern auch Aufgabe der Vorsitzenden, das weiter zu verfolgen. Ich finde es inhaltlich sehr gut, dass wir jetzt hier miteinander sprechen und nicht mehr übereinander, denn in der Tat gibt es hier einiges zu differenzieren. Und wie immer, wenn die Stimmung aufgeladen ist, gibt es ja auch sehr viel Hektik und sehr viele schrille Töne und nicht jeder schrille Ton der letzten Wochen hat dieser Debatte gut getan.

Ich will mal vorwegstellen, dass es auch aus meiner Sicht nicht verboten ist, intelligente Geschwister zu haben, die auch eine Karriere machen. Es ist auch nicht verboten, dass das möglicherweise im gleichen Themenbereich stattfindet, in dem man selber beruflich unterwegs ist. Selbstverständlich ist es dann aber notwendig, Compliance-Regeln aufzustellen. Das hat das Ministerium nach unserer Kenntnis getan.

Meine erste Frage wäre, ob es eigentlich bisher eine Öffentlichkeit über diese Regeln selbst gibt beziehungsweise über die Prozedere, die



dort festgelegt worden sind. Denn ich glaube, auch das kann ja hier zur Sachverhaltsaufklärung beitragen. Insofern wäre meine Frage, ob wir die im Nachgang erhalten können.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ja, selbstverständlich, die Staatssekretärin Hajduk kann dazu auch noch gleich ausführen, ich habe eben dazwischen geredet, Herr Vorsitzender, weil ich nicht bereit bin, am Tag der Bücherverbrennung Begriffe aus dem Faschismus hier zu ertragen. Wir werden also prüfen, ob wir das strafrechtlich zur Nachverfolgung bringen.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Sie haben noch Zeit, Herr Kollege Kruse, wenn Sie möchten.

Abg. Michael Kruse (FDP): Ja, ich wusste nicht, ob Frau Hajduk jetzt ausführt jetzt unmittelbar dazu oder ob ich weitergehen soll.

StS Anja Hajduk (BMWK): Also wir können Ihnen das nochmal zur Verfügung stellen, dass zur Anwendung der entsprechenden Anzeige, die Herr Graichen und Herr Kellner über ihre verwandtschaftlichen Verhältnisse gemacht haben, dann natürlich sofort umgesetzt haben und auch nochmal, weil es ja eigentlich eine Anwendung ist, wo notwendige Folgen daraus entstehen, das ist dann natürlich auch den Abteilungen entsprechend mitgeteilt worden. Ich wollte Ihnen nur sagen, da hatte ich aber Ihre Frage vielleicht etwas missverstanden, wir haben natürlich auch die entsprechend einschlägigen Regelungen, die es gibt, auch direkt bei Amtsantritt allen Mitgliedern der Leitung des Hauses, wie es auch für andere Beamte üblich ist, zugänglich gemacht. Aber Sie hatten ja nach der Information an Sie gefragt. Das werden wir dann entsprechend veranlassen. Ich wollte nur nochmal sagen, dass grundsätzlich im Haus bei uns eine Praxis gilt, alle neuen Mitglieder des Hauses ganz proaktiv von unserer Seite durch das einschlägige Referat auf

diese Regeln auch regelmäßig hinzuweisen. Aber danach hatten Sie nicht gefragt, das hatte ich falsch angenommen, dass das auch Ihr Begehren wäre.

Abg. Michael Kruse (FDP): Ja, es geht aber trotzdem von meiner Fragezeit ab. Von den Ausführungen, die Sie, Herr Habeck, am Anfang gemacht haben, haben Sie ja vier Bereiche differenziert. Einer ist in der Tat der hier kritische, nämlich die Empfehlung eines Trauzeugen für eine hochdotierte Führungsposition. Nun haben Sie das ja als Fehler schon benannt. Ich glaube, jedem ist klar, dass das ein Fehler ist. Die Frage ist erstens: Was passiert, damit so etwas nicht wieder passiert? Also welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit es nicht wieder passieren kann? Denn von den Ausführungen von Herrn Graichen wäre meine Schlussfolgerung jetzt ehrlich gesagt eher, dass man sich zu dem Zeitpunkt, wo einem bekannt ist, dass man viele Personen im Auswahlverfahren kennt, schon hätte zurückziehen sollen. Das ist ja auch die Frage dann, wie man in der Lage ist, einen solchen Fehler in Zukunft nicht zu wiederholen. Und die zweite, daran anschließende Frage ist natürlich das verloren gegangene Vertrauen hier in der Öffentlichkeit. Das müssen Sie ja irgendwie wieder herstellen. Auch da würde mich interessieren, was dazu Ihr Plan ist.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Zu dem Verfahren habe ich mich ja schon geäußert. Auch Staatssekretär Wenzel könnte noch einmal ausführen. Das Verfahren wird neu aufgesetzt. Die Auswahlkommission wird neu zusammengestellt. Sie wird breiter zusammengestellt. Sie wird partei- und geschlechtsübergreifender zusammengestellt als die alte, sehr kleine Auswahlkommission das war. Das ist aber eine Entscheidung noch einmal des Aufsichtsrats der dena. Dem kann ich Empfehlungen geben,



so wie Sie auch. Aber die sind ein unabhängiges Gremium und einen Einfluss darauf habe ich nicht, jedenfalls keinen formalen Einfluss. Und ansonsten gilt es, dass die Compliance-Regeln ja gelten. Die Diskussionen und Debatten der letzten Wochen werden sicherlich automatisch dazu führen, dass die Aufmerksamkeit noch einmal gesteigert ist. Und ich glaube, es wird auch dazu führen, dass alle Ministerien noch einmal ihre Verfahren und ihre Regeln überprüfen werden. Ich jedenfalls werde das tun. Aber eigentlich sind die Regeln ja streng und klar und greifen auch. In diesem Fall ist ein Fehler passiert, das ist ja jetzt mehrfach zugegeben und gar nicht beschönigt worden.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Ja, vielen Dank. Dann hat die nächste Fragemöglichkeit der Kollege Lenkert von den Linken.

Abg. Ralph Lenkert (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte die Äußerung des Kollegen der AfD strikt zurückweisen, weise aber darauf hin, wir befinden uns in einer nichtöffentlichen Sitzung des Bundestages und da entscheidet der Bundestag, wie die Konsequenzen für solche Äußerungen sind und nicht die Bundesregierung. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Ich finde es wohlfeil von einem Minister, sich hier hinzustellen, sich hier hinzusetzen und von Öffentlichkeit zu reden, wenn dann von seiner eigenen Fraktion nicht die notwendigen Stimmen für die Herstellung der Öffentlichkeit beigestellt werden. Die Unterstellung mit der Zeit, das ist auch eine Frechheit. Meine Fraktion hat gestern im Wirtschaftsausschuss alle Fraktionen informiert, dass wir die Öffentlichkeit herstellen wollen. Es war also nicht überraschend und auch im Ausschuss für Klimaschutz und Energie haben wir diesen Antrag an das Sekretariat weitergeleitet. Ich gebe zu, wir haben es nur an

das Sekretariat weitergeleitet, aber im Wirtschaftsausschuss lag es zwingend vor, man hätte sich vorbereiten können, wenn man sich hätte vorbereiten wollen.

Und das ganze reiht sich ein in eine intransparente und den Bundestag missachtende Informationspolitik des Wirtschaftsministeriums. Wir haben mehrfach Auseinandersetzungen gehabt, im Obleutegespräch, im Ausschuss, dass wir Änderungen an Gesetzen, Vorschlägen zu Gesetzen, Punkte ausschließlich aus der Presse erfahren, und zwar nicht einmal zeitgleich informiert werden wie die Presse mit Pressemitteilungen. Das ist eine Arbeitsweise, die zu dem Vergabeverfahren im Falle der dena passt, aber nicht zu einem transparenten Verfahren, wie das Ministerium es sich eigentlich immer ans Revers heftet.

Ich möchte weiterhin feststellen, die Informationspolitik rund um die Verhandlungen mit Kasachstan ist eine Frechheit. Uns gegenüber darzustellen, man steht in Verhandlungen mit der kasachischen Regierung, weil man einen Brief vorliegen hat, den man seit einem halben Jahr nicht beantwortet hat, ist zwar juristisch sauber und korrekt, inhaltlich aber irreführend. All diese Punkte sind mehrfach angesprochen worden. Es wurde mehrfach im Ausschuss für Klimaschutz und Energie im Obleutegespräch Besserung gelobt.

Gestern erfahre ich wieder aus der Rücksicht des Tagesspiegels, dass eventuell die Inkraftsetzung des GEG erst 2027 ist. Am Montag wird im Petitionsausschuss zu LNG-Terminals eine Aussage getätigt, die heute nicht mehr gültig ist. Das ist kein Umgang mit dem Parlament und ich frage jetzt Sie, Minister Habeck: Wie wollen Sie zukünftig Ihre Arbeit aufstellen, dass das Vertrauen in die Demokratie bei der Bevölkerung, dass A durch Ihre Vergabepaxis von Posten, B durch Ihr Vorgehen mit dem Parlament und die Informationspolitik Ihres Ministeriums wieder hergestellt wird.



Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Bitte schön, Herr Minister.

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Vielen Dank. Sie haben mich ja eben informiert, wie die Parlamentarischen Fraktionen mit Naziäußerungen umzugehen gedenken, insofern erlaube ich mir die Freiheit, Sie zu informieren, wie eine Regierung arbeitet. Das ist ein Teil des Problems. Wir ... Wenn Sie nicht wissen, warum parasitär ein faschistischer Begriff ist, dann empfehle ich Ihnen, sich mit der Geschichte des Faschismus zu beschäftigen, und zwar nicht nur mit ...

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Ich bitte darum, meine Frage zu beantworten und nicht im Zwiegespräch zu sein.

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Eine Regierung arbeitet so, dass wir in den Ressorts die Gesetze, Verordnungen, Vorlagen, Verträge schreiben. Dann gibt es eine Frühkoordination, die so eine Art Check sein soll, wo die Dinge stehen. Dann gibt es eine Ressortabstimmung und mit Beginn der Ressortabstimmung leiten wir dann auch die Öffentlichkeitsbeteiligung ein, informieren transparent über alle Verfahren, machen Hintergründe, machen Pressemitteilungen, informieren die Fraktionen, kommen in die Ausschüsse, also schon vor einem Beschluss eines Kabinetts. Dem vorgelagert ist natürlich ein Raum, wo die Regierung sich finden muss. Das werden die Kollegen aus der Opposition, die Regierungsmitglieder waren, bestätigen. Und in der Tat ist es so, dass aus dieser Vorabstimmung immer wieder Informationen kommen, die aber nicht die Regierungsposition ist. Insofern kann ein Ministerium, und ich rede gar nicht von meinem, ja schwer über nicht abgestimmte Vorhaben in der Regierung informieren, denn sie sind ja noch nicht abgestimmt. Und da, wo es passiert, weil Dinge in die Öffentlichkeit geraten,

haben wir meistens einen riesigen politischen Kladderadatsch hinterher. Insofern weise ich die Behauptung, dass wir intransparent sind oder die Fraktionen nicht rechtzeitig informieren, zurück. Es gab natürlich Fälle, wo sich die Informationen überschlagen haben und ich räume ein, es gab vor allem im letzten Jahr extremen Zeitdruck. Das ist unstrittig, dass wir immer wieder um Fristverkürzung gebeten haben und Verfahren kurz und zu kurz waren in der Beratung.

Was Kasachstan angeht, ich weiß nicht genau, worauf Sie anspielen, aber wir kriegen Öl aus Kasachstan, es gibt immer wieder eine Order, kasachisches Öl nach Schwedt zu bekommen. Das sind allerdings privatwirtschaftliche Beziehungen. Es kauft ja nicht die Bundesregierung das Öl. Es gibt also fortwährend Gespräche der Bundesregierung mit der kasachischen Regierung, damit in diesem Kanal, wenn ich es so bezeichnen darf, dann privatwirtschaftliche Verträge möglich sind.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Vielen Dank. Der Kollege Bernd Westphal hat das Wort für die SPD. Im Übrigen beginnen wir damit die zweite Runde, die erste ist damit beendet.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, die Herren Vorsitzenden und vielen Dank auch für die Möglichkeit, in Präsenz des Ministers und der Staatssekretärin und Staatssekretäre das aufzuklären. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass die Besetzung Nachfolge Geschäftsführung bei der dena nicht optimal gelaufen ist. Aber ich will auch nicht verleugnen, dass man im Umgang mit dem Ministerium, zumindest ist das meine Wahrnehmung bisher, mit sehr seriösen Personen, mit sehr gewissenhaften und verantwortungsvoll arbeitenden Menschen zu tun hatte. Deshalb muss sich Jeder überlegen, wie er hier seine Kritik formuliert,



was einen respektvollen Umgang angeht. Deshalb finde ich es gut, dass man jetzt offensiv nach vorne geht, die Fehler benennt und aber auch aufzeigt, was sich ändern soll.

Ich will zu Anfang aber auch sagen: Ich glaube, weder das Parlament noch die Regierung braucht Belehrungen, wie man seine Arbeit zu machen hat. Die Ausschüsse des Bundestages tagen nicht öffentlich, die Anhörungen sind öffentlich und das ist eine Verfahrensweise, die bisher sehr gut angewendet worden ist.

Meine Frage ist: Gibt es aus dem bereits unterschriebenen Vertrag von Michael Schäfer finanzielle Ansprüche, die jetzt realisiert werden müssen? Und das Zweite ist: Gibt es in der Prävention, zukünftig solche Fehler zu vermeiden, Nachbesserungen an der bisherigen Handhabung? Ist da etwas geplant? Und ich finde das gut, wenn eben der Kollege sagt: kann man das auch veröffentlichen? Vielen Dank.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ich würde zu beiden Fragen an den Staatssekretär Wenzel abgeben, den Aufsichtsratsvorsitzenden der dena.

PStS Stefan Wenzel (BMWK): Vielen Dank. Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Westphal, der Aufsichtsrat hat am letzten Freitag einmütig beschlossen, das Verfahren neu aufzusetzen und auch die Stelle neu auszuschreiben. Er hat beschlossen, die Findungskommission breiter aufzustellen, und hat auch festgehalten, dass er erwartet, dass künftig dokumentiert wird, ob es irgendwelche Interessenskonflikte gibt oder Vermutungen der Befangenheit und hat darüber hinaus den Geschäftsführer abberufen von seiner Bestellung und ist jetzt in arbeitsrechtlichen Gesprächen über die Auflösung des Vertrages. Diese Gespräche sind noch nicht abgeschlossen.

Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer: Es bestünde noch die kurze Nachfragemöglichkeit, die genutzt wird.

Abg. Bernd Westphal (SPD): Das heißt, die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen. Es ist durchaus möglich, dass es finanzielle Ansprüche gibt?

PStS Stefan Wenzel (BMWK): Das ist möglich, ja.

Abg. Bernd Westphal (SPD): Vielleicht jetzt noch zu der zweiten Frage: Gibt es nochmal Bemühungen, die Prozesse, Compliance, Besetzung von Funktionen nochmal zu überprüfen – also insgesamt im Ministerium? Vielleicht antwortet der Minister. Danke.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Wie gesagt, hier ist ein Fehler passiert, den die Compliance Regeln, denen ja alle Mitglieder der Regierung verpflichtet sind, eigentlich ausgeschlossen hätten. Also jeder Minister, jeder Staatssekretär in jedem Ministerium hätte sagen müssen: Das ist mein Trauzeuge oder ich kenne diesen Menschen persönlich gut, so gut, dass ich befangen bin. Insofern, die Regeln noch einmal zu überprüfen, alle Regeln zu überprüfen, das gilt vielleicht auch gerade für die Ministerien, die in einem besonders engen Kontakt mit Bereichen der Gesellschaft stehen, wo viel Geld gewälzt wird, ist immer geboten. Wir werden das natürlich auch nochmal tun. Wir tun es auch fortwährend. Aber ich weise darauf hin, dass die Compliance Regeln, auch schon in der Vorgänger Regierung eingeführt, im Wirtschaftsministerium extrem streng sind. Ich sage nicht, dass man nicht an irgendeiner Stelle noch irgendwas verbessern kann, aber sie sind sehr streng. Das, was hier passiert ist, ist zu trennen von der Frage, wie die Regeln sind. Es ist ein Fehler, der nicht passieren sollte oder nicht passieren hätte dürfen, wie ja jetzt schon mehrfach gesagt.



Der Vorsitzende Michael Grosse-Brömer:
Danke schön. Julia Klöckner für die CDU/CSU.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Meine Frage geht an Staatssekretär Herrn Graichen. Ab wann genau haben Sie gewusst, dass Herr Schäfer sich bewirbt? Wann und wie wurden Sie informiert?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Anfang Januar waren ja die entsprechenden Bewerbungsausschreibungen auf den entsprechenden Portalen und da hat mich Michael Schäfer telefonisch unterrichtet.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Und wenn schon im März die drei Kandidaten bekannt waren, Herr Schäfer noch früher: Warum haben Sie denn erst am 24. April Ihren Bundesminister darüber informiert?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Wie gesagt, ich hab sozusagen den Fehler begangen, dass ich die Kandidaten, die von der Personalagentur dann für die Auswahl vorgeschlagen wurden, unterschiedlich gut kannte und nicht die Klarheit hatte, dass Michael Schäfer in dem Kontext jemand ist, den ich sozusagen zu gut kenne. Das habe ich dem Minister am 24. April, als ich von meiner Japan Dienstreise zurückkam, dann eröffnet, als mir auch am Tag vorher klar wurde, in der Öffentlichkeit kursierte, da habe ich das erste Mal das Wort Trauzeuge gelesen. Und da war mir dann klar: Okay, das wird anders wahrgenommen.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Danke, damit ist es beantwortet. Der Kollege Lenz hat zu dieser Aufklärung ja beigetragen, dankenswerter Weise. Wann saßen Sie denn, Herr Staatssekretär Graichen, bei den Bewerbungsgesprächen dabei?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Am 10. März war das Treffen der Findungskommission mit den sechs Bewerberinnen und Bewerbern, die in die engere Auswahl gekommen sind, und da habe ich dabei gegessen.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Und wann haben die Mitglieder der Findungskommission davon erfahren, dass er Ihr Trauzeuge ist?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe gegenüber den Mitgliedern der Findungskommission deutlich gemacht, dass ich die unterschiedlichen Bewerberinnen und Bewerber kenne. Ich habe den Mitgliedern der Findungskommission nicht gesagt, dass er mein Trauzeuge ist.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Haben Sie Ihren Trauzeugen gesiezt oder geduzt in diesen Gesprächen?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Also ich habe von den Bewerberinnen und Bewerbern, die da am Schluss in dem Auswahlgespräch sind, vier von den sechsen duze ich. Beim Reinkommen habe ich sie auch geduzt und während der Sitzung selbst alle sechs gesiezt. Das war den Mitgliedern der Findungskommission auch bekannt, dass ich jemanden wie Michael Schäfer kenne, der ja vorher auch Mitarbeiter bei Agora war, ...

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Okay, ist beantwortet. Ich würde gerne meine Zeit für die Frage nutzen. Haben Sie sich ausgesprochen für ihn, für Herrn Schäfer? Sie waren ja Mitglied der Findungskommission.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Das war bei den Beratungen der Findungskommission. Am Schluss ging es darum, drei Top Kandidaten zu bestimmen, und das war eine einvernehmliche Diskussion innerhalb der stimmbe-



rechtigten und nicht stimmberechtigten Mitglieder der Findungskommission, welche diese drei Top Kandidaten sind und dass Michael Schäfer an Nummer eins stehen würde.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Ja, ich habe gefragt, ob Sie sich für ihn ausgesprochen haben?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe insgesamt zu dem Thema, ich glaube, ich habe zu dem Thema eine positive Empfehlung ausgesprochen.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Danke schön.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Dr. Detzer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank an die Vorsitzenden. Meine Frage geht an den Bundeswirtschaftsminister. Erst gestern hat der OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland festgestellt, dass die deutsche Bundesregierung, dass insbesondere das BMWK ganz exzellente Arbeit geleistet hat im letzten Jahr bei der Beilegung, bei der Begegnung der Energiekrise. Ich würde Sie gerne fragen, welche Rolle dabei die Expertise von Staatssekretär Graichen gespielt hat und an welchen konkreten Projekten sich festmachen lässt, dass er ganz wesentlich beteiligt war, dabei von Deutschland massiven Schaden abzuwenden.

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Vielen Dank für die Frage. Ich will niemanden herabsetzen. Es war im letzten Jahr, natürlich auch in diesem Jahr, aber dieses letzte Jahr hat natürlich eine besondere Herausforderung dargestellt für viele Kolleginnen und Kollegen im Ministerium wirklich ein Hochleistungssportsjahr. Viele Kolleginnen und Kollegen sind über Wo-

chenenden, Ferien über sich hinaus gewachsen. Aber natürlich ist es auch so, dass die verantwortliche Führung, in diesem Fall Staatssekretär Graichen, eine besondere Leistung vollbracht hat und das sage ich nicht, um den Fehler zu relativieren. Ich bitte das zu trennen. Ich will nur die Frage beantworten. Und es ist dann, um konkret zu sagen, der Bereich der Energiesicherheit gewesen, der in dem Aufgabenbereich von Patrick Graichen liegt. Das heißt also, das Gesetz, die Gasspeicher erst einmal wieder von Gazprom loszueisen, das Gesetz, die Gasspeicher zu füllen, die Wiederinbetriebnahme von Kohlekraftwerken aus der Reserve, der Aufbau der LNG-Terminals, die Mietung der LNG-Schiffe, der Kauf von Gas für die LNG-Schiffe, natürlich auch die Netzverstärkungsmaßnahmen, die Hereinnahme, die Union hat das ja sehr stark gefördert, von Biogasanlagen. All diese größeren und kleineren Schritte sind von Patrick Graichen verantwortet worden.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich eine zweite Frage stellen. Auf welche Pläne von Vorgängerregierungen konnten Sie bei dieser Arbeit zurückgreifen und wie war schon in früheren Regierungen vielleicht dieses Szenario, nämlich der Wegfall der russischen Gasversorgung vorgeplant gewesen?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Gut, ich glaube, das ist öffentlich bekannt, dass es kein Szenario gab. Im Gegenteil, es wurde ausgeschlossen, dass so etwas passiert. Dass der Speicher Rehden, der im Eigentum von Gazprom-Germania sich befand, schon im Sommer 2021 immer leerer wurde, also gegen die Logik der Auffüllung im Sommer und dass das politisch nicht gedeutet wurde, das ist öffentlich ja bekannt. Das heißt, es gab weder bei den LNG-Besorgungskapazitäten noch bei der



Frage, wie die Speicher zu managen sind, irgendeine Vorbereitung. Im Gegenteil, es gab sogar die gegenteilige Meinung, dass das alles normales Marktgeschehen ist und wir das alles nicht brauchen. Es gab also keine Vorarbeiten, das Gegenteil: es gab ein Minus.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, die restliche Zeit schenke ich den Ausschüssen.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Das ist aber eine nette Geste, vielen Dank. Es melden sich schon die ersten Freiwilligen, die die Zeit zweifellos in Anspruch nehmen wollen. Aber es klappt jetzt nicht beim Kollegen Komning von der AfD. Er bekommt wie alle Nachfolgenden nur die normale Zeit.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich möchte eines vorweg schicken. Dieser Skandal und es ist ein Skandal, glaube ich, kann man sagen, ist bisher einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik. Ja es gab auch in den Vorgängerregierungen das eine oder andere, was man durchaus hätte kritisieren können. Aber eine solche Verquickung von Familie und Ämtern in der Regierung hat es bisher aus meiner Sicht nicht gegeben. Herr Minister, sie sagten vorhin, die familiären Beziehungen oder die Beziehungen überhaupt der betreffenden Personen sei ihnen aufgrund der Compliance-Richtlinie bekannt gewesen bereits bei Amtsantritt. Nun ist es ja offensichtlich so, dass Herr Graichen ja seine Fehler eingeräumt hat, was eben gerade den Verstoß gegen diese Compliance-Richtlinie anging. Herr Dr. Graichen, Sie sagten das Trauzeugenverhältnis haben sie nicht so intensiv betrachtet, dass man das hätte nun auch mit angeben müssen. Sehen sie Freundschaftsverhältnisse noch enger als die eines Trauzeugen, wo sie gemeint hätten, dieses Verhältnis müsse ich

mitteilen? Also wie viel enger muss man noch zusammen sein, als ein Trauzeuge?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Ich möchte zwei Sachen vorweg sagen, um die Frage vielleicht einzuordnen. Ich habe in meiner Eingangsausführung darauf hingewiesen, dass es eben keine Verquickung von Ämtern und Familie gibt, sondern, dass genau das und zwar nicht, weil es Compliance-Regeln gab, sondern weil Michael Kellner und Patrick Graichen es selbstständig aus sich heraus vorher angezeigt haben, verhindert wird. Also es ist eine falsche Unterstellung in Ihrer Frage gewesen und außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass nicht aufgrund der Compliance-Regeln hier ein Problem aufgetaucht ist, sondern auf Grund eines persönlichen Fehlverhaltens. Die zweite Frage müsste Sie nochmal wiederholen, ich habe sie nämlich logisch nicht verstanden.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Die Frage ging auch an Herrn Dr. Graichen. Wenn er nämlich meint, dass er Ihnen, Herr Minister, im Vorfeld das Trauzeugenverhältnis zu Herrn Schäfer nicht mitgeteilt habe, weil er es offensichtlich nicht als so beachtlich empfand, als dass er es hätte mitteilen müssen. Deswegen Herr Dr. Graichen nochmal die Frage: Haben Sie noch engere Freunde als die eines Trauzeugen, wo Sie möglicherweise zu dem Ergebnis gekommen wären, jawohl, das hätte ich dem Minister mitteilen müssen?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Also ich habe den Fehler gemacht, dass mir völlig klar war, Verwandtschaftsverhältnisse werden angezeigt und am ersten Tag im Ministerium habe ich das ja getan. Bei Freundschaften, dass ich das auch hätte anzeigen müssen, da war sozusagen der Fehler, dass ich gedacht habe Freundschaften, das kann ich trennen.



Abg. **Enrico Komning** (AfD): Vielen Dank, ich möchte an die Frage von Frau Klöckner anschließen, die Sie in der Weise beantwortet haben, dass Sie sich für die Anstellung von Herrn Schäfer ausgesprochen haben. Ich möchte Sie fragen, ob es eine Abstimmung innerhalb der Findungskommission für die Anstellung von Herrn Schäfer gab.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Nein, das war eine Diskussion, das kann sicherlich Herr Wenzel noch genauer ausführen, an deren Schluss noch ein Ergebnis zusammengefasst wurde von ihm als Vorsitzenden.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Danke schön. Dieses Ergebnis, was von ihm zusammengefasst wurde, ist quasi eine Art Protokoll.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Das ist richtig so wie Herr Graichen das ausgeführt hat. Es gab ein Gespräch und am Ende ist die Kommission zu einem einheitlichen Ergebnis gekommen.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Entschuldigung, liegt ein Protokoll dafür vor?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Von den Gesprächen, die im Rahmen der Beratung gemacht wurden, darüber wurde der Aufsichtsrat informiert und von den Beratungen der Findungskommission, da hat die Beteiligungsverwaltung die entsprechenden Prozesse dokumentiert.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Danke.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Der Kollege Houben hat für die FDP das Wort.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Die Herren Vorsitzenden, Herr Minister. Nach Informationen des Handelsblattes hat Staatssekretär Graichen im vergangenen Jahr versucht, zusätzliches Personal bei der dena zu akquirieren. Herr

Graichen wandte sich nach diesen Angaben an die Agentur und sagte: „Können Sie uns bis zu 60 Mitarbeiter zur Verfügung stellen?“ Es ginge um die Hochphase der Energiekrise, man würde also Aufgaben erledigen müssen. Das sollte in einem Inhouse-Verfahren abgewickelt werden, also ohne Auftragsvergabe. Dann ist das Verfahren gestoppt worden. Deswegen würde ich gerne einmal wissen, wie dieses Verfahren wirklich gelaufen ist und mich nicht nur auf Zeitungswissen beziehen.

StS **Anja Hajduk** (BMWK): Ja, vielen Dank, Herr Abgeordneter. In der Tat es ist keine Entscheidung gefallen über diese Thematik, möglicherweise Unterstützung über die dena für Projekte im Bereich der Energiewende zu bekommen. Aber es gab eine intensive Prüfung. Diese Prüfung gab es vor dem Hintergrund einer Beratung auch von Herrn Graichen und mir, die dann auch durch die Fachebene des Hauses mit der dena auch ausgetauscht wurde. Und gleichzeitig ist im Haus auch auf der Seite der Zentralabteilung über finanzielle Bedingungen, haushaltsrechtliche Fragen auch beraten worden. Deswegen ist das ein intensiver Beratungsprozess gewesen, wo auch sehr unterschiedliche, kritische Aspekte gewogen wurden. Die haben dazu geführt, dass sich das auch über eine lange Zeit hingezogen hat. In der Tat haben diese Planungen im letzten Herbst begonnen, darauf bezieht sich meines Wissens auch die ein oder andere Berichterstattung in der Zeitung, was die Quellen angeht. Mit so einem Projekt einer Unterstützung sind natürlich auch immer rechtliche Fragen verbunden, wie zum Beispiel das parlamentarische Hoheitsrecht, was das Budget angeht. Es sind Fragen damit verbunden: wie hoch sind finanzielle Kosten? und gleichzeitig ist zu wägen, was kann das Haus unter diesem immensen Arbeitsdruck von Transformation, Energiesicherheit leisten. Letztendlich ist diese Entscheidung nicht zu einer Entscheidungsreife



gelangt. Ich kann aus meinem Verantwortungsbereich sagen, dass gerade in dem Zeitraum Januar, Februar, März nochmal intensiv auch die Bedenken geprüft wurden, die auch zu entsprechenden Vermerken geführt haben. Für mich war dann auch Ende des ersten Quartals immer klarer, Anfang April, dass wir dieses Projekt so nicht zum Fliegen kriegen. Im Übrigen... vielleicht warte ich noch weitere Fragen ab.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Nein, die Frage ging dann direkt an den Minister. Wie sind Sie in diesem Prozess eingebunden worden und wann ist sozusagen das Stopp-Schild in diesem Verfahren hochgezogen worden und was war ein konkreter Grund?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Wir haben im Herbst letzten Jahres verschiedene Optionen besprochen, die Arbeitsfähigkeit des Hauses zu gewährleisten. Ich habe den Staatssekretären gesagt, prüft alle Optionen, aber prüft sie natürlich entlang von Recht und Gesetz. Wir haben dann andere Schritte vollzogen. Wir haben die Abteilung WE, Wirtschaftssicherheit und Energiesicherheit, gegründet. Das Haus also umformiert, Personen umgesetzt. Das Projekt „60 Stellen dena“ - habe ich erst wieder davon gehört oder das erste Mal davon gehört, als es jetzt die Medien erreicht hat. Ich war also nicht in den Prozess eingebunden, aber, wie die Staatssekretärin gesagt hat, es gab eine interne und auch sehr kritische Prüfung innerhalb des Hauses.

Der **Vorsitzende Michael Grosse-Brömer**: Ja, vielen Dank. Dann bekommt zum Abschluss dieser zweiten Runde das Wort der Kollege Pascal Meiser von den Linken.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Unabhängig einiger schriller Töne aus der AfD-Fraktion, die wir, glaube ich, ignorieren müssen, brauchen wir hier

doch noch einiges an Aufklärung. Deswegen zunächst in dieser Runde einige Fragen an Sie, Herr Graichen. Zunächst, Sie haben vorhin nochmal detailliert das Verfahren beschrieben, was den Auswahlprozess angeht, und haben gesagt, dass in einer ersten Vorstufe die Personalagentur auch Sie als Experten um Vorschläge gebeten habe. Meine Frage an Sie: Gehörte zu den Vorschlägen auch Herr Michael Schäfer?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe auf der Liste, die ich der Personalagentur geschickt habe, auch den Namen Michael Schäfer draufgeschrieben.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Eine weitere Frage, Herr Graichen oder Herr Wenzel, ich weiß nicht, wer sie beantworten kann: Wann wurde denn der Vertrag mit Herrn Schäfer unterschrieben?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Das war der Aufsichtsrat, der hat am 20. März getagt und der Vertrag wurde etwa vier Wochen später unterschrieben.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Ich mache jetzt mal so eine überschlägige Rechnung: So etwa 4 Wochen später – das war dann vor oder nachdem Sie, Herr Graichen, Ihren Minister informiert haben, dass die betreffende Person Herr Schäfer Ihr Trauzeuge ist?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ich habe nochmal gerade nachgeguckt. Die Aufsichtsratssitzung war am 20.03. Der Aufsichtsratsbeschluss ist in einem Umlaufverfahren erfolgt. Das Ergebnis lag am 04.04. vor. Dann muss im Fall der Bestellung von Geschäftsführern noch die Zustimmung der Gesellschafterversammlung eingeholt werden. Die Einholung macht das BMWK, stellvertretend für die mitbeteiligten Häuser. Die Zustimmung der Gesellschafterversammlung lag am 05.04. vor und ich meine,



ich hätte den Vertrag am 21.04. gezeichnet, da müsste ich nochmal in die Unterlagen gucken, damit ich nichts Falsches sage. Gebe ich Ihnen gleich nochmal, falls das nicht stimmt.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Da wäre ich Ihnen sehr verbunden, sicherlich auch die anderen Ausschussmitglieder, weil da ein enger zeitlicher Zusammenhang zu bestehen scheint, dass kurz nach Vertragsunterzeichnung die entsprechende Information erst seitens Herrn Graichen an Herrn Habeck gegangen ist, was ich bemerkenswert finde, dass da in der Kürze der Zeit ein besinnlicher Akt stattgefunden hat.

Ich habe eine weitere Frage, nochmal Herr Graichen: Wann haben Sie denn tatsächlich die Personalagentur informiert, dass es sich um ein enges Freundschaftsverhältnis und um Ihren Trauzeugen handelt? Oder haben Sie das bis heute nicht getan? Dann können Sie einfach sagen: „Das habe ich bis heute nicht getan“, das verkürzt es.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe mit der Personalagentur, seit dem ich das dem Minister mitgeteilt habe, nicht mehr Kontakt gehabt.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Ich fasse zusammen: Sie haben sie nicht informiert. Gleiche Frage nochmal mit Blick auf die Findungskommission. Haben Sie diese informiert, dass es sich um ein entsprechendes freundschaftliches Verhältnis und sogar um Ihren Trauzeugen handelt?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe die Findungskommission darüber unterrichtet, dass ich mehrere Bewerber gut kenne. Ich habe der Findungskommission nicht mitgeteilt, dass Michael Schäfer mein Trauzeuge ist.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Und eine letzte Frage an Herrn Habeck: Sie haben vorhin gesagt, die Findungskommission wird jetzt neu aufgestellt, auch parteipolitisch breiter aufgestellt. Können Sie nochmal sagen, wie viele Mitglieder der Findungskommission bisher angehören und wie sich die Parteibücher bisher verteilen?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Nein, das kann ich nicht, das kann aber Staatssekretär Wenzel.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Darf ich nochmal fragen, können Sie ihre Frage nochmal wiederholen?

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Sagen Sie uns doch mal kurz, wie viele Mitglieder der Findungskommission bisher, im bisherigen Prozess, angehört und wie sich die Parteibücher, also die Parteimitgliedschaften, auf die Mitglieder in dieser Findungskommission verteilen, weil Herr Habeck gesagt hat, die neue Findungskommission soll parteipolitisch breiter aufgestellt werden, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ich frage normalerweise Mitarbeiter nicht nach ihrer Parteimitgliedschaft. Die neue Findungskommission setzt sich zusammen aus mir persönlich, dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, der im Aufsichtsrat die KfW vertritt, einer Abteilungsleiterin, die im Aufsichtsrat das Verkehrsministerium vertritt, einem parlamentarischen Staatssekretär, der das Bauministerium vertritt, der Gleichstellungsbeauftragten des BMWK und dem zuständigen Unterabteilungsleiter für die Beteiligungsverwaltung der dena und anderer Beteiligungen des Bundes. Und ich könnte jetzt über die Parteizugehörigkeiten nur spekulieren. Ich halte es auch in der Regel nicht für angemessen, dass man Beschäftigte nach ihrer Parteizugehörigkeit fragt, jedenfalls



habe ich das in der Vergangenheit so gehandhabt, als ich selber in Verantwortung auf Landesebene tätig war. Teilweise weiß man es, aber oft weiß man es nicht.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Darf ich noch etwas anmerken? Er bezieht sich ja auf eine Aussage von mir und gemeint war die Farbe der Häuser. Es ist ja ein Wortprotokoll, ich möchte das also korrigieren. Ich weiß auch nicht, welche und ob die Menschen in einer Partei sind, aber das Bauministerium wird von der SPD geführt, das Verkehrsministerium von der FDP. Das ist unpräzise von mir formuliert gewesen.

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Okay, wir kommen in die zweiten Runden, nämlich die Nummer drei und vier. Und als erstes gebe ich das Wort dem Kollegen Hümpfer von der SPD.

Abg. Markus Hümpfer (SPD): Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender ...

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Herr Kollege Hümpfer, da ist nochmal zur Geschäftsordnung oder... Wir werden jetzt versuchen, das so wie vereinbart in den zwei weiteren folgenden Runden durchzuführen. (*Zwischenrufe aus dem Ausschuss*) Ja, das ist dann so. Es ist ja nun der Beschluss gewesen, dass wir das so machen. Wir haben später angefangen, weil es nicht anders ging. Ich würde versuchen, das jetzt in den weiteren zwei Runden so durchzuführen. Herr Hümpfer, Sie haben das Wort.

Abg. Markus Hümpfer (SPD): Ja, sehr geehrte Herrn Vorsitzende, Herr Minister, Herrn und Frau Staatssekretäre. Vielleicht müssen wir erstmal ein bisschen differenzieren und zu einer sachlichen Ebene zurückkommen. Wir reden die ganze Zeit und sehr oft auch in den Medien über Trauzeugen. Trauzeugen sind seit 1998 in Deutschland keine Pflicht mehr. Die können benannt werden, aber sie haben keine

gesetzlich festgelegten Verpflichtungen. Deshalb sprechen wir im Endeffekt über ein sehr enges freundschaftliches Verhältnis. Auf der anderen Seite geht es darum, dass die Qualifikationen, die Michael Schäfer mitbringt oder nicht mitbringt, das steht mir nicht zu beurteilen, auch nicht zur Debatte steht, sondern es geht wirklich nur um die enge Beziehung zwischen Michael Schäfer und Patrick Graichen. Das Verhalten und das Verfahren zur Nachbesetzung des dena-Chefpostens war, und das muss man einfach so sagen, unprofessionell. Da beißt die Maus keinen Faden ab und es bleibt auch ein bitterer Nachgeschmack, das ist zweifelsohne so, auch wenn Herr Schäfer den Posten nicht antritt, das haben hier schon viele Vorrednerinnen und Vorredner deutlich gemacht.

Mich würde interessieren Herr Graichen, haben Sie Michael Schäfer auf die Ausschreibung denn aufmerksam gemacht?

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Herr Graichen.

StS Dr. Patrick Graichen (BMWK): Nein, habe ich nicht.

Abg. Markus Hümpfer (SPD): Okay, vielen Dank. Dann ist es ja so, auch das kennen vielleicht vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die in der Vergangenheit viel mit Personal zu tun hatten, dass man tagtäglich Beurteilungsfehlern unterliegt. Da gibt es ganz unterschiedliche. Aber gerade bei der Personalauswahl spielen solche Beurteilungsfehler eine große Rolle. Deshalb wüsste ich gern, was ist das Learning, Herr Habeck, aus diesem Vorfall? Wie gedenkt Ihr Haus damit umzugehen, vor allem bei der zukünftigen Besetzung von Stellen in Führungspositionen? Sie sprechen die ganze Zeit davon, dass sich da was ändert. Es gibt ein eigenes Compliance-Referat im BMWK, aber trotz Compliance-Referat ist es ja



scheinbar zu diesem Vorfall, zu diesem bedauerlichen Vorfall gekommen. Deshalb würde mich tatsächlich interessieren: Wie stellen Sie sicher, dass Sie und Ihre Mitarbeitenden sorgfältiger und gewissenhafter darüber nachdenken? Letztendlich müssen sie das ja selbst offen legen, ob sie irgendwie ein persönliches Verhältnis haben oder nicht. Aber wie stellen Sie sicher, dass sie das auch tun, dass sie darüber nachdenken und dann letztendlich auch sagen, ich habe hier ein enges Verhältnis, ich bin befangen und nicht erst vielleicht vier Wochen später.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Herr Habeck.

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Vielen Dank. Der Sinn von Compliance-Regeln ist ja nicht, sie maximal auszutesten, sondern den Anschein nicht entstehen zu lassen, dass man daran geht. Insofern wird es immer einen Grenzbereich, einen Graubereich geben, aber es ist eben die Aufgabe, den nicht zu betreten oder möglichst Distanz davon zu behalten. Seitdem ich Minister bin, sind, Anja du musst mich korrigieren, ungefähr 120 Stellen per Ausschreibung im Haus neu vergeben worden. Das sind dann Besetzungsverfahren, wo die jeweiligen Abteilungsleiter und Unterabteilungsleiter und auch Referatsleiter dabei sind. Das läuft also durch und auch die müssen sich an die Compliance-Regeln halten. Um auszuschließen oder eine größere Sicherheit zu bekommen, dass dies eingehalten wird, und das hat jetzt die dena für das nächste Ausschreibungsverfahren vorgesehen und ich halte das für Weisheit und will das gerne für unser Haus übernehmen, wird aktiv per Fragebogen erhoben: Gibt es ein freundschaftliches oder verwandtschaftliches Verhältnis? Sodass man also nicht nur unterstellen muss, alle haben permanent im Kopf „ach, da musst du auf dich aufpassen“, sondern dass man aktiv abfragt „habt ihr darüber nachgedacht?“. Am Ende

weiß ich natürlich nicht, wer der Trauzeuge oder wer auch immer in einem Verhältnis zu den 120 Mitarbeitern steht, das werden auch die Abteilungsleiter oder Personalreferenten nicht wissen. Aber das wäre, denke ich, ein Schritt, um diese Abstandsregeln nochmal härter zu fassen. Ich halte das für schlau von der dena und würde das gern für mein Haus übernehmen.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Herr Jung, bitte.

Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Ich habe eine Frage, die sich richtet an Herrn Minister Habeck und Herrn Wenzel als Vorsitzender des Aufsichtsrats. Es ist deutlich geworden, dass es schriftliche Protokolle über dieses Verfahren gibt. Über das Verfahren selber, ganz sicher gab es ja dann auch einen schriftlichen Leitungsvermerk an den Minister. Sind Sie bereit, unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Bewerberinnen und Bewerber einer Veröffentlichung dieser Protokolle zuzustimmen?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Zu den Verfahren musst du sagen, Stefan. Die Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben. Alles, was das gewährleistet, also dass man die, ich weiß nicht, wie das parlamentarisch läuft, aber eine gewisse Form von Geheimhaltung herstellt, das ist von meiner Seite natürlich völlig unkritisch. Ich weiß allerdings nicht, ich kann nicht für die dena sprechen, ich kann das nur politisch einordnen.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Herr Wenzel.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Jung. Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber, die Aufsetzung der Ausschreibungen, das Verfahren wurde ja von einer Personalagentur



Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Das meinte ich nicht.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Trotzdem muss ich das auch vortragen. Die ist aus einer Ausschreibung hervorgegangen. Das ist eine sehr professionelle Agentur und die hat unter anderem den Bewerberinnen und Bewerbern Vertraulichkeit zugesichert, ...

Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Das muss gewahrt werden. Das war Teil meiner Frage.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): ... weil die teilweise im Berufsleben stehen und darauf Wert gelegt haben, dass praktisch auch ihre Namen vertraulich behandelt werden. Aber die Beteiligungsverwaltung, das zuständige Referat, hat diesen Prozess dokumentiert. Insofern können wir prüfen, wie wir sicherstellen, dass die Zusagen, die den Bewerberinnen und Bewerbern gemacht wurden, hier gewährleistet werden und was davon sozusagen veröffentlicht werden kann. Aber da gehe ich eigentlich von aus, dass da wir sie kurzfristig informieren können.

Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Danke, dann habe ich eine Frage an Herrn Minister Habeck. Nach dem jetzigen Stand der Sitzung stellt es sich ja so dar, dass die eigentlich Entscheidung über den Bewerber in der Findungskommission getroffen wurde. Die Findungskommission hat nur einen Bewerber dem Aufsichtsrat vorgeschlagen und der wurde es. Staatssekretär Graichen hat vorher berichtet, dass er sich für diesen Bewerber aktiv eingesetzt hat. Deshalb möchte ich Sie nochmal fragen. Sie haben gesagt, da ist ein Fehler gemacht worden. Worin sehen Sie denn den Fehler? Das ist ja eine ganz andere Qualität, ob man nicht aufpasst und eine Befangenheit nicht offen legt oder ob man in einem solchen Verfahren aktiv für einen engen Freund votiert. Deshalb Frage an Sie: Worin sehen Sie

den Fehler? Und haben Sie sich persönlich getäuscht gefühlt, dass trotz Ihrer engen Zusammenarbeit Staatssekretär Graichen Ihnen diesen Sachverhalt nicht offengelegt hat? Was ist das Ergebnis der Befassung des Compliance-Referats, die Sie veranlasst hatten?

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Herr Minister.

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Das Compliance-Referat hat gesagt, dass es ein Compliance-Verstoß ist und entsprechend haben wir dann ja auch sofort gehandelt. Der Fehler liegt erkennbar darin, dass Herr Staatssekretär Graichen in dem Moment, wo Michael Schäfer in einem Auswahlverfahren auftaucht, sich hätte sofort wieder zurückziehen müssen. Stefan Wenzel wollte noch ergänzen.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ich wollte noch ergänzen, dass die eine Annahme, die Sie getroffen haben, Herr Jung, ... Die Auswahlkommission hat zunächst das Verfahren für den Vorschlag in dem Aufsichtsrat nicht festgelegt, sondern hat mich gebeten, mit allen Aufsichtsratsmitgliedern Kontakt aufzunehmen, von dem Ergebnis des Auswahlverfahrens zu berichten und folgendes Verfahren vorzuschlagen. Erstens: Vorschlag des Kandidaten mit persönlicher Vorstellung auf der Aufsichtsratsitzung, falls Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder dieses Verfahren ablehnt, könnten zusätzlich die Zweitplatzierten dem Aufsichtsrat vorgestellt werden. Diese Gespräche habe ich geführt und dabei hat sich die Mehrheit dafür ausgesprochen, nur eine Person zu hören, aber war sich dessen bewusst, dass bei Zweifeln, bei Ablehnung unmittelbar die Möglichkeit gewesen wäre die/den Zweit-, Drittplatzierten zu hören.

Abg. **Andreas Jung** (CDU/CSU): Das ändert aber nichts daran, dass nur einer vorgeschlagen wurde.



PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ja, das ist richtig, aber es gab eine Rückkopplung mit dem Aufsichtsrat, ob man eine Person sehen will oder ob man zwei oder drei sehen will.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Danke. Die nächste Frage geht an Frau Dr. Nestle, bitte.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Einmal vorweg möchte ich gerne auf die Vorwürfe vom Kollegen Ralph Lenkert eingehen, was unseren Ausschuss angeht: Dass hier nicht transparent informiert würde, das sehe ich nicht. Das ist ja ein Thema, was mir persönlich sehr am Herzen liegt und ich weiß auch, dass wir als Ampel da noch gelernt haben. Ich sag es mal einfach so, dass auch von uns Parlamentariern aus Vorlagen manchmal zu spät zugeleitet worden sind am Anfang. Ich weise aber auch daraufhin, dass bei dem letzten großen Gesetz, das wir hatten - mit den Smart-Meter-Gateways -, wir den Abschluss sogar eine komplette Sitzungswoche vorher geschafft haben, extra, damit die Opposition mehr Zeit hat. Aber auch die Frage, ob das Ministerium uns gut informiert, ist eine, die mich sehr beschäftigt, die ich sehr wichtig finde, wo ich deshalb immer wieder nachgehakt habe. Bisher muss ich sagen, dass zumindest in der Zeit, seitdem ich da mehr nachhake, ich keine Vorwürfe finde, an denen was dran ist. Und die Punkte, die jetzt genannt worden sind, waren: Einmal irgendwie Gebäudeenergiegesetz, man hätte jetzt aus dem Ministerium gehört 2027; also jenseits dessen, dass ich den Vorwurf inhaltlich für falsch halte – ich habe nur Minister Lies gehört, der das gesagt hat –, ist das Gesetz durch das Kabinett durch. Das heißt, die Regierung hat überhaupt nichts mehr darüber zu sagen, welche Daten da drinstehen. Sondern wenn, haben überhaupt nur wir etwas dazu zu sagen, es wäre also sogar komplett irrelevant. Jedenfalls kein Vorwurf, wo man sagen kann,

da ist irgendwas nur an anderer Stelle als im Parlament gesagt worden. Zweitens wurde gerade der Punkt LNG angesprochen, die Aussage von Montag sei heute nichts mehr wert gewesen. Also ich war ja auch gerade im Ausschuss. Ich weiß wieder nicht ganz genau, auf welchen Vorwurf sich das bezogen hat, aber was wir lange diskutiert haben, ob die Entscheidung schon gefallen ist oder nicht, da war die Aussage Montag und heute die gleiche. Dann kam der Hinweis, Vorlagen würden nicht rechtzeitig an den Ausschuss gesendet werden. Ich kann natürlich nicht alles wissen, was gemeint war, aber ich weiß, dass es gerade in der vorletzten Ausschusssitzung dazu eine Debatte gab. Da ging es um eine Vorlage, die parallel erst im Kabinett beschlossen worden ist. Die kann doch das BMWK nicht zuleiten, wenn sie nicht im Kabinett beschlossen ist. Da würden sich sehr zurecht die Minister der anderen Häuser, insbesondere der Ministerien mit einer anderen Farbe sehr, sehr beschweren. Zum Teil wurde beklagt, dass Regierungstatements nicht an den Ausschuss verschickt worden sind, das ist auch in der letzten Legislatur nie passiert. Ich höre jetzt hier auf, damit ich noch kurz Zeit habe, aber es war mir wichtig, das einmal klarzustellen. Und bitte auch gerne an mich herantreten, wenn Sie konkrete Dinge haben. Wir gehen konkreten Dingen nach. Wie gesagt, meiner Erfahrung nach in den letzten acht Wochen vielleicht, wo ich es eng verfolgt habe, ist da nichts dran gewesen. So, ich würde gerne fragen: Stefan Wenzel, wie ist denn Ihr Eindruck von der Qualifikation von Michael Schäfer? Ist hier nicht nur im Verfahren, sondern auch im Inhalt ein Fehler passiert, dass hier jemand ausgewählt worden wäre, der vielleicht nicht der Beste der Bewerberschaft war? Wie ist da Ihr Eindruck und der Eindruck der anderen, die nicht Patrick Graichen sind?



Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Herr Wenzel bitte.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Vielen Dank. Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Abgeordnete Nestle. Das Ergebnis im Gespräch nach den Bewerbungen war sehr einheitlich, was die Einschätzung zur Person anging. Insofern ist auch dann dieser Vorschlag gemacht worden, diese eine Person dem Aufsichtsrat an erster Stelle zu präsentieren und an zweiter Stelle die Optionen einzuräumen, beispielsweise den Zweit- oder Drittplatzierten ebenfalls zu hören.

Abg. **Dr. Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Jetzt hätte ich gar nicht so schnell reden müssen am Anfang, aber ich glaube für noch eine Frage ist es zu knapp. Danke.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Danke. Die nächste Frage geht an Herrn Hilse.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Minister, ich finde Ihre Aufregung da etwas übertrieben. Es gibt immer ein Sender- und Empfängerprinzip. Ich gehe fest davon aus, dass Herr Dr. Rainer Kraft das nicht faschistisch oder im nationalsozialistischen Kontext sozusagen gesagt hat. Ich möchte Ihnen zwei, drei Zitate vorlesen und zwar: FDP Rainer Stinner: „Impfgegner sind gefährliche Sozialschädlinge“, Winfried Kretschmann: „Demonstranten sind Aasgeier der Pandemie“, Tobias Hans: „Es ist wichtig den Ungeimpften eine klare Botschaft zu senden: Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben.“, „Schweizer Grüne fordern Kennzeichnung von Ungeimpften, sie können Sticker tragen“.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Ich möchte Ihnen den Hinweis geben, dass wir ein anderes Thema haben. Ich möchte Sie bitten, die Fragen zum Thema zu stellen. Sie können jetzt zum Thema reden.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Das haben wir verstanden. Herr Habeck, sind Sie zumindest, das ist nur meine Vorrede, sind Sie mit mir einer Meinung, dass diese Aussagen teilweise im Wortlaut, also „Sozialschädlinge“, „Volksfeinde“, aber wenigstens in der Konnotation, also im Gedanken dem etwas näher nahekomen, als das, was Herr Rainer Kraft gerade gesagt hat? Aber ich möchte Herrn... vielleicht lassen Sie es einfach so stehen oder vielleicht möchten Sie auch nicht darauf antworten, ist eigentlich auch egal.

Herr Patrick Graichen, es geht ja darum unter anderem, es geht ja nicht nur um die Verstrickung sozusagen beziehungsweise um die Einstellung von Familienmitgliedern beziehungsweise am selben Arbeitsplatz. Es geht ja auch darum, dass also NGOs, wie zum Beispiel Agora Energiewende, Öko-Institut und so weiter und so fort eben nicht nur vom Ministerium bezahlt werden, also nicht bezahlt werden, sondern Aufträge vergeben werden, sondern es geht ja unter anderem darum, dass diese NGOs gleichzeitig auch sehr stark finanziert werden von teilweise großen Konzernen, die quasi Milliarden gehören. Das hat Frau von Storch sehr gut ausgeführt, sehr gut recherchiert und hat es dargelegt in der letzten aktuellen Stunde.

Jetzt meine ganz konkrete Frage: Wann wurden Sie informiert, dass die Klimasparte von Viessmann an einen amerikanischen Konzern verkauft werden soll? Es gibt Zeitungsberichte darüber, dass die Verkaufsgespräche lange davor stattgefunden haben, bevor das Gebäudeenergiegesetz auf den Weg gebracht wurde.



BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Mit Verlaub Herr Vorsitzender, ich würde gerne antworten. Einmal, nein, ich teile nicht Ihre Auffassung. Ich halte den Begriff „Parasit“ bezogen auf Menschen ausdrücklich für eine Sprache des Antisemitismus und des Faschismus und daran ändern Ihre Relativierungen auch gar nichts. Zweitens reden wir hier viel über Fehlerkultur. Ich finde es bemerkenswert, dass immer nur gerechtfertigt wird, aber nie ein Fehler eingestanden wird. Also da muss man sich auch mal selber fragen, wie hier von anderen etwas gefordert wird, was Sie noch nicht mal bereit sind, wo Sie die braune Grenze weit übertreten haben. Davon werde ich nicht abgehen, das gehört sich nicht. Es ist unerträglich wie Sie hier reden.

Zur Sache selbst: Viessmann, das hat nämlich nichts mit Patrick Graichen zu tun, das ist Industriepolitik. Wir haben im Haus von dem Verkauf der Wärmepumpensparte von Viessmann am Tag der Veröffentlichung erfahren. Ich will wirtschaftspolitisch sagen, dass wir eine offene Volkswirtschaft sind. RWE investiert in den USA und die USA investiert in Deutschland und andere Länder auch. Das ist richtig so. Ich werbe in der Welt darum, dass Deutschland ein attraktiver Standort ist und dass hier Produktionen aufgebaut werden. Entscheidend ist, und das bezieht sich auf die Energiesicherheitspolitik oder Wirtschaftssicherheitspolitik, dass die Produktion hier erhalten bleibt. Dass wir auf unserem Boden Teile der kritischen Infrastruktur, und das, was die Energie betrifft, zähle ich dazu, hier haben. Die Idee, dass nur deutsches Geld für deutsche Kunden in deutschen Firmen produziert wird, schadet dem Wohlstand in diesem Land. Das ist ein abgeschlossener Wirtschaftsraum, das Gegenteil von einer offenen Volkswirtschaft.

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Danke, die nächste Frage geht an Herrn in der Beek.

Abg. Olaf in der Beek (FDP): Mich interessiert einmal noch: warum hielt man es eigentlich für notwendig einen neuen dena-Geschäftsführer zu suchen? Also wie kam es zu dieser Entscheidung im Ministerium? Weil Gestern oder Vorgestern hat der Minister ihn bei der Verabschiedung noch in allen Tönen gelobt. Warum ist überhaupt dieser Prozess in Gang gekommen, der jetzt für so viel Aufregung sorgt?

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Wer möchte antworten?

PStS Stefan Wenzel (BMWK): Ich antworte gern. Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrter Herr Abgeordneter in der Beek. Weil der noch amtierende Geschäftsführer seinen Vertrag nicht verlängern wollte, ist entschieden worden, die Stelle auszuschreiben. Ich muss an einer Stelle noch ergänzen, bei der Frage von Herrn Meiser, dass zusätzlich beratend die Geschäftsführerin der dena, die zweite Geschäftsführerin an der Auswahlkommission teilnimmt.

Abg. Olaf in der Beek (FDP): Danke. Mich würde mal interessieren, an Staatssekretär Graichen die Frage gerichtet. Sie hatten gerade zum Auswahlverfahren berichtet, also wie das so kam und Bewerbungen und so weiter. Ich möchte mir das nochmal klarmachen, weil ich glaube, ich habe da was durcheinander geworfen. Aber vielleicht können Sie mir da helfen. Und zwar einmal, der Herr Schäfer hat sich frei bei der Personalagentur beworben und Sie hatten davon Kenntnis beziehungsweise er hat Sie davon in Kenntnis gesetzt, war ja ein freundschaftliches Verhältnis, kann ich verstehen. Aber Sie haben ihn jetzt nicht aktiv angerufen und gesagt: „Bewirb dich da mal“? Das wollte ich nur nochmal sicherstellen. Die zweite Frage, die daraus resultiert: Diese Personalagentur, über die ist ja jetzt viel ge-



sprochen worden, ist das eigentlich ein übliches Verfahren, dass die Personalagentur, Ihnen, ich sage mal, sechs Bewerber vorschlägt und dann der dena-Aufsichtsrat sagt, ich möchte nur einen Bewerber sozusagen sehen oder dann nochmal endgültig haben? Also das verstehe ich nicht ganz.

PStS Stefan Wenzel (BMWK): Vielen Dank. Ich glaube, das ist auch nochmal eine interessante Frage. Die Personalagentur, Headhunter sagt man auch umgangssprachlich, die hat einerseits eine Ausschreibung gemacht, die praktisch den ganzen Januar über öffentlich war. Und parallel suchen die auch sozusagen nach geeigneten Persönlichkeiten, die sie auch ansprechen. Weil erfahrungsgemäß sind hochqualifizierte Personen, die ein Unternehmen in der Größenordnung leiten, selten arbeitslos, wenn sie wirklich gut sind. Deswegen spricht die Agentur auch aktiv Personen an. Das sind oft Leute, die bei anderen Firmen in der Verantwortung stehen. Deswegen haben die auch ein extrem hohes Interesse, dass das vertraulich bleibt, weil sie natürlich nicht wollen, dass ihr jetziger Arbeitgeber das Gefühl hat, sie wollen da weg, auch wenn sie sich vielleicht verbessern könnten. Die Agentur hat dann praktisch, nach diesem gesamten Verfahren uns eine Longlist mit elf Personen vorgeschlagen, die sie für geeignet hielt, diese Aufgabe wahrzunehmen. Daraus hat die Findungskommission dann sechs Personen ausgewählt, die sie zum persönlichen Vorstellungsgespräch eingeladen hat. Alle sechs wurden eine Stunde befragt und haben dieselben Aufgaben und selben Fragen bekommen.

Abg. Olaf in der Beek (FDP): Danach habe ich aber nicht gefragt.
Eine Frage noch an den Minister. Diese Compliance-Regeln, von denen gerade erzählt worden ist, die hier im Hause gelten, die auch

streng sind, wie sie sagten, es ist trotzdem passiert. Jetzt wollen wir alle wieder relativ schnell und ich denke auch Sie und alle, die da auch sitzen, möglichst schnell wieder zu Inhalten zurückkommen, zur Politik, zur normalen Politik, die wichtig ist, in der Wirtschaftspolitik, in der Energiepolitik, in der Energiewende, etc. Wie gehen Sie jetzt damit um, wie kommen wir relativ schnell wieder damit zurück? Was ist Ihr Resultat Herr Minister?

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Die Zeit wäre eigentlich um, aber eine kurze Antwort bitte.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ich habe ja einführend versucht, die Dinge zu trennen. Ich sage einmal voraus, dass uns die Debatte über das Gebäudeenergiegesetz noch intensiv beschäftigen wird, fachlich. Und das ist auch geboten und richtig. Da mag dann jeder seine Meinung haben. Die Schäden, die diese Debatte oder der Fehler von Staatssekretär Graichen nach sich zieht, werden sicherlich noch länger nachhalten. Da mache ich mir keine Illusion darüber und Patrick Graichen sicherlich auch nicht. Trotzdem hoffe ich, dass es gelingt, über Ausschusssitzungen, wie diese beispielsweise, die Differenzierung wieder möglich zu machen und dann mit den Fehlern, die es gegeben hat, weiterarbeiten zu können und sich wieder der Sachfrage zuzuwenden.

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Okay, Herr Meiser bitte.

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Eine Frage an Sie, Herr Habeck: Es wurde ja jetzt schon viel über die Compliance-Regeln im Hause gesprochen. Können Sie den Ausschüssen nochmals darlegen, welche Konsequenzen bei Verstößen gegen diese Compliance-Regeln vorgesehen sind, für diejenigen, die dagegen verstoßen haben?



Möglicherweise auch abgestuft bei unterschiedlichen Verstößen.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Das würde ich gerne der Staatssekretärin Hajduk überlassen.

StS Anja Hajduk (BMWK): Ich will nochmal eine Sache vorausschicken, das ist natürlich auch immer eine Frage: was sind für Compliance-Regeln im BMWK vorhanden und wie wird ein Unternehmen, die dena, einen bestimmten Auswahlprozess steuern? Die dena hat ja auch eine gewisse Verantwortung für den Auswahlprozess. Wenn ich mich richtig entsinne, ist es nicht zwingend, dass man zum Thema dena, um das nur noch einmal zu diesem Verfahren zu sagen, eine Personalagentur hinzuzieht. Ich glaube, das ist für die Objektivierung eines Prozesses wichtig und gut, und dass das stattgefunden hat, war kein Mangel an Regeln, sondern ich glaube eine gewisse Sorgfalt. Ich kann das aus anderer Richtung sagen, weil das vorhin gefragt wurde ...

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Das war jetzt aber nicht die Frage.

StS Anja Hajduk (BMWK): ... Okay. Ich wollte nur Wert darauf legen, dass die Anwendung, eine Personalagentur hinzuzuziehen

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Das war auch nicht meine Frage. Ich habe nicht zur Personalagentur gefragt, sondern zu den Compliance-Regeln im BMWK.

StS Anja Hajduk (BMWK): Ach so, Sie haben zu den ... ich dachte ... das war ein Missverständnis. Ich dachte, es geht in Sachen Compliance-Regeln über das Thema, über das wir hier reden, und da ist ja die dena betroffen. Zum Haus kann ich ganz klar sagen: Da gelten Regeln, die im Übrigen im Wesentlichen im Beamtenrecht fixiert sind, die sind sehr streng

und die finden Anwendung. Ich habe vorhin schon einmal an anderer Stelle gesagt, die werden jedem neuen Mitglied proaktiv mitgeteilt. Im Übrigen gibt es für Minister und Parlamentarische Staatssekretäre durch das Bundesministergesetz eigene Regeln. Und diese Compliance-Regeln werden den entsprechenden Mitgliedern des Hauses bekanntgegeben. Und wenn Sie jetzt fragen, was passiert, wenn man gegen Compliance-Regeln verstößt: Ja, dann muss das rechtlich gewürdigt werden. Und das wird auch so sein!

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Vielleicht können Sie noch einmal, weil nicht alle hier Experten im Beamtenrecht sind, darlegen, was sozusagen die Bandbreite wäre, was dienstrechtliche Konsequenzen sein könnten bei Verstößen gegen das Compliance-Recht, vorbehaltlich einer konkreten Einzelfallwürdigung und -prüfung.

StS Anja Hajduk (BMWK): Also ich will hier jetzt nicht über Ausmaße spekulieren. Denn wir sprechen hier von ...

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Aber Sie sind doch zuständig! Sie können doch sagen, was das Maximum bzw. das Minimum ist, was in so einem Fall passieren kann.

StS Anja Hajduk (BMWK): Also, ich kann Ihnen hier heute nur sagen, dass das beamtenrechtlich gewürdigt wird, was als Fehler eingeräumt wurde. Und ich möchte schon aus personenschutzrechtlichen Gründen, auch weil es hier ja beispielhaft um genannte Personen geht, nicht vorher über die Bandbreite von Ausmaßen spekulieren. Das ist ein sehr wichtiger rechtlicher Vorgang, der stattfindet, und deswegen kann ich vielleicht theoretisch, wenn das von großem Belang ist, meine Abteilung Z bitten, die Bandbreite von Möglichkeiten, die bei Verstößen gegen Beamtenrecht möglich ist, aufzuzeigen. Aber wir sind da in



einem Prüf- und Würdigungsprozess. Das macht unser Haus und das ist eine Selbstverständlichkeit.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ich kann anbieten, dass wir Fälle der Vergangenheit aufbereiten und dem Ausschuss zur Verfügung stellen. Es macht ja einen Unterschied, ob sich Staatssekretäre bezahlen lassen, noch in Lobbyverbänden sind und dann Gesetze schreiben, ob Mitarbeiter Geld bekommen und dann Aufträge vergeben und so weiter und so fort. Und es macht wahrscheinlich wenig Sinn, abstrakt darüber zu reden, aber es macht vielleicht Sinn, ich kann das nicht sagen, ich weiß gar nicht, ob und wie viele Fälle es gegeben hat, sich die letzten fünf oder zehn Jahre anzugucken und zu sagen: Das war das Vergehen, das war das Strafmaß. Und es wäre vielleicht sinnvoll, zu gucken, wenn das dann der Aufklärung, der Wahrheitsfindung dient, ob die Rechtsauslegung, die dann ja wahrscheinlich gerichtlich durchgesetzt wird, streng genug ist.

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Dann halte ich fest: Dienstrechtliche Konsequenzen sind nicht ausgeschlossen und stehen im Raum.

StS Anja Hajduk (BMWK): Es läuft eine Überprüfung, deswegen sind sie nicht ausgeschlossen.

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Danke. Das war die dritte Runde. Wir kommen jetzt zur vierten. Als Erster hat das Wort der Kollege Roloff.

Abg. Sebastian Roloff (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Minister! Ich finde es zunächst einmal positiv, dass wir hier eine umfassende parlamentarische Kontrolle ausüben und auch, dass die Fehler, wenn sie entdeckt werden, sofort korrigiert werden. Ich darf nochmals feststellen, zur Vermeidung von Missverständnissen trotz des Wortprotokolls, ob es korrekt ist, dass das Besetzungsverfahren

bei der dena in allen Punkten korrekt war, auch die Qualifikation von Herrn Schäfer korrekt war. Dass das einzige „Problem“, in Anführungszeichen, die Trauzugeneigenschaft bei Herrn Dr. Graichen war und dass damit kein Rechtsverstoß vorliegt, aber eine Empfehlung der Compliance-Abteilung, der aber auch sofort abgeholfen und die umgesetzt wurde, vorliegt. Ist das so?

Zweitens: Haben Sie im Nachgang, es wurde schon ein paar Mal gefragt, aber ich habe es noch nicht abschließend verstanden, auch noch einmal geprüft, ob vielleicht weitere Konstellationen vorliegen können, gar nicht mal bei Herrn Dr. Graichen, sondern bei anderen Konstellationen, wo man eine Trauzugeneigenschaft, die ja eben keine Verwandtschaft ist, vielleicht im Besetzungsverfahren festgestellt hat, wo man vielleicht nochmals gucken müsste? Und ist dementsprechend – ich gehe davon aus, würde es aber ehrlicherweise gerne bestätigt haben –, ist damit auch ausgeschlossen, dass es zu weiteren problematischen Veröffentlichungen in den nächsten Tagen oder Wochen kommt? Wir wissen ja auch, wie das von interessierter Presse ist, und dementsprechend würde ich gerne wissen, ob das Risiko ausgeschlossen ist. Abschließend noch zwei Sachen: Herr Wenzel, habe ich Sie richtig verstanden, dass Herr Kuhlmann als Geschäftsführer nicht weitermachen wollte? Haben Sie das so gesagt? Ich bitte, das noch einmal zu konkretisieren. Und, ich habe verstanden, dass die Kosten der Neuausschreibung noch nicht spezifiziert werden können. Ich würde darum bitten, dass man mal ungefähr schätzt – es ist ja nicht das erste Mal, dass man mit Headhuntern zusammenarbeitet –, was die Größenordnung ist und wer die dann trägt.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ich fange kurz an. Für den Leitungsbereich kann ich die



von Ihnen genannte Frage bejahen, also ausschließen, dass es dort noch weitere familiäre oder persönliche Verquickungen gibt. Für die gesamte Bundesregierung erkennbar nicht, weil die Verfahren ja laufen, deswegen auch der gute Hinweis, aktiv noch einmal hineinzufragen: Seid ihr mit denen irgendwie verwandt oder verschwägert? Ich gehe aber davon aus, und darauf ist ja jetzt mehrfach hingewiesen worden, dass die Compliance-Regeln insgesamt gelten, und, natürlich, wenn man das ganz groß macht, richtige Korruptionsfälle ebenfalls verhindert werden. Aber eine hundertprozentige Sicherheit kann natürlich kein Minister für sein Haus und niemand für die gesamte Bundesregierung geben. Für den Leitungsbereich haben wir das jetzt natürlich noch einmal geprüft und abgeklärt. Was die Nichtverlängerung des Vertrages von Herrn Kuhlmann angeht, der läuft ja aus, gab es meinerseits ein Gespräch mit Herrn Kuhlmann und wir haben uns einvernehmlich darauf geeinigt, den Vertrag nicht fortzusetzen.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Herr Roloff, bitte.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD): Ja, Herr Wenzel will noch antworten, glaube ich.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Herr Wenzel, Entschuldigung! Ich habe Sie nicht gesehen von hier. Herr Wenzel, bitte.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ja, vielen Dank! Im Grundsatz ist das richtig, Herr Roloff. Die Empfehlung in der Presseerklärung an den dena-Aufsichtsrat war ja, das Verfahren wegen der möglichen Feststellung einer Besorgnis der Befangenheit nochmals zu prüfen. Und wir hätten theoretisch drei Möglichkeiten gehabt: Wir hätten gucken können, ob ohne Teilnahme von Herrn Graichen dasselbe Ergebnis herausgekommen wäre. Oder wir hätten das Verfahren neu aufsetzen können ab dem Zeitpunkt,

wo die Findungskommission gegründet wurde. Die dritte Option war, das Verfahren neu zu beginnen, also neu auszuschreiben. Wir haben uns dafür entschieden, um hier wirklich jeden Anschein auszuräumen, das Verfahren neu aufzusetzen. Und das ist jetzt auch veranlasst.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD): Nur noch zur Kostenfrage, bevor Sie die aus Zeitgründen leider nicht mehr beantworten können.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Die Kostenfrage lässt sich noch nicht abschließend festlegen oder festsetzen, weil wir noch in Gesprächen sind und am Ende dann, falls Kosten entstehen, die dena die Kosten zu tragen hätte.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Danke. Als nächste Frau Klöckner, bitte.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Ich bedanke mich. Meine Fragen gehen wieder an Herrn Graichen. Gibt es Personen im BMWK, die Ihrer Hochzeit damals beigewohnt haben?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Hm ..

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Also ich wüsste es, wer bei meiner Hochzeit war.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Meine Hochzeit ist 23 Jahre her. Aber ich bin mir sehr sicher, dass da keiner im BMWK heutzutage ist.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Alles klar. Keine Minister, Staatssekretäre, Abteilungsleiter. Dann meine nächste Frage: Stichwort Compliance. Sie haben davon gesprochen, dass Sie mehrere der Bewerber schon seit längerer Zeit kannten. Und haben Sie entsprechend das Compliance-Referat eingeschaltet oder erst der Minister?



StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe das Compliance-Referat nicht eingeschaltet.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Kennen Sie den Unterschied zwischen einem menschlichen Fehler und einem arbeitsrechtlichen Verstoß?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich weiß jetzt nicht genau, worauf Sie hinauswollen.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Ich kann es genauer machen: Der Verhaltenskodex der Bundesregierung gegen Korruption wurde Ihnen ja ausgehändigt, wie Frau Hajduk sagte, Zitat aus dem Kodex: „Erkennen Sie bei einer konkreten dienstlichen Aufgabe eine mögliche Kollision zwischen Ihren dienstlichen Pflichten und Ihren privaten Interessen oder Interessen Dritter, denen Sie sich verbunden fühlen, so unterrichten Sie darüber ...“ etc. Deshalb noch einmal: Sehen Sie das, was Sie als Fehler bezeichnet haben, als dienstrechtlichen Verstoß?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ob das ein dienstrechtlicher Verstoß ist, werden das Compliance-Referat und die Abteilung Z prüfen.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Okay. Darf ich eine Frage direkt an Frau Hajduk stellen? Ist ein Disziplinarverfahren bereits eingeleitet?

StS **Anja Hajduk**: (BMWK): Wir sind jetzt im Stadium, das beamtenrechtlich zu prüfen und zu würdigen. Es gibt eine Vorprüfung und dann wird es weitergehen. Ich hatte die Frage deswegen schon einmal sehr ausdrücklich bestätigt, dass dem so ist.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Kurze Frage, bitte auch um kurze Antworten dazu. Wer ist der Gesellschafter der dena?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Gesellschafter der dena ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das BMWK. Und im Aufsichtsrat sind darüber hinaus mehrere Häuser vertreten, mit denen sich das BMWK im Binnenverhältnis in Gesellschafterfragen abstimmt. Darüber hinaus ist die KfW Gesellschafter.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Also der Bund. Wer hat die Letztverantwortung für die Beteiligungsführung?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Die Abteilung WE und der ...

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Wer hat die Letztverantwortung?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Für die Beteiligungsführung ist die Abteilung WE zuständig.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Nein, Abteilungsleiter haben keine Letztverantwortung. Wer hat die Letztverantwortung?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ja, Moment mal, Sie müssen mich aber schon ausreden lassen, Frau Klöckner, sonst kann ich die Antworten natürlich nicht geben. Die Abteilung WE, da ist der Abteilungsleiter Herr Steinberg, und der zuständige Staatssekretär ist Herr Udo Philipp.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Nein, Letztverantwortung, so haben wir es gelernt, haben Minister oder Ministerinnen.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ja.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Wer hat über die Aufsichtsratsentsendung von Ihnen entschieden?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Das war ...



Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Kein Abteilungsleiter.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Das ist meines Erachtens im Kabinett entschieden worden.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Vom Kanzler empfohlen? Also, wer hat dem Kabinett den Vorschlag Ihres Namens gemacht?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Der Vorschlag ... da müssten wir das Verfahren nochmals anschauen, ob das auf der Staatssekretärs- oder auf der Ministerebene ...

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Danke schön. Ich schätze, es war der Minister.

StS **Anja Hajduk**: (BMWK): Die Vorschläge für die Aufsichtsratsbesetzung der in unserer Verantwortung stehenden Häuser werden vom Haus gemacht, insgesamt als Vorlage. Ich hoffe, dass ich keinen Fehler mache, ich muss das sofort überprüfen, weil wir in der Regel unsere Aufsichtsratsmandate als Kabinettsvorlage vorbereiten, weil ja auch Vertreter anderer Häuser da drin sind, sinnvollerweise, und deswegen ist Herr Wenzel natürlich dann jemand, den wir als Haus vorgeschlagen haben, als er neu berufen wurde in seine Rolle als Parlamentarischer Staatssekretär. Er stand da auch in der Folge eines Vorgängers. Aber das wird vorgeschlagen und dann noch einmal neu veranlasst, aber ich bitte darum, dass wir das jetzt sehr schnell prüfen können, weil ich meine, dass das, was Aufsichtsräte angeht, durch das Kabinett läuft.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Okay. Als nächstes Frau Dr. Detzer, bitte.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, herzlichen Dank, meine Frage geht an Frau Staatssekretärin Hajduk. Sie hatten jetzt dankenswerter Weise schon sehr klar

ausgeführt, dass es im BMWK umfassende Compliance-Regelungen gibt, dass die auch weit vor dem jetzigen Fall aufgesetzt wurden. Deswegen einfach nochmal abschließend an dieser Stelle die Frage: Halten Sie die Compliance-Regeln im BMWK so, wie sie sind, für ausreichend und gut? Und können wir feststellen, dass an dieser Stelle auch andere Compliance-Regeln diesen Fehler nicht behoben hätten?

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Frau Hajduk, bitte.

StS **Anja Hajduk**: (BMWK): Also, Frau Abgeordnete, ich möchte nochmals eine Sache klarstellen, weil es das vielleicht auch nochmal in den richtigen Rahmen rückt. Die beamtenrechtlichen Regelungen und die Informationen haben nicht wir im BMWK erfunden, aus guten Gründen, sondern das BMI ist maßgeblich dafür verantwortlich. Und die Häuser, wie das BMWK, haben sicherzustellen, dass sie das sorgfältigst umsetzen. Das ist mir noch einmal ganz wichtig, denn die Frage der sehr, sehr strengen Maßgaben, wie sich Mitglieder der Bundesregierung, wie sich Leitungen des Hauses und Beamtinnen und Beamte in Deutschland zu verhalten haben, wird wesentlich sehr ausführlich, sehr anschaulich durch das BMI vorbereitet. Wir bieten in unserem Haus dazu auch Schulungen an und ich bin vorhin auch schon drauf eingegangen, dass wir auch entsprechend sicherstellen, dass diese Informationen proaktiv weitergeleitet werden. Ich muss Sie nochmals um die Frage bitten. Sie hatten zum Schluss noch einen Aspekt erwähnt, der mir gerade entfallen ist. Ich wollte noch etwas ergänzen.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Frage ist, ob dieser Fehler, sozusagen innerhalb, genau der Regeln ...



StS Anja Hajduk (BMWK): Ach so, ja. Also ich wollte sagen, wenn ein Fehler in der Anwendung passiert, muss nicht unbedingt die Regel schlecht sein, sondern es eine Fehlerkultur geben, in der man einen Fehler klar einräumt und ihn auch erklärt. Da sind wir, glaube ich, heute dabei und maßgeblich auch der, der den Fehler eingeräumt hat, mein Kollege Herr Graichen. Und deswegen ist es ja immer wichtig zu gucken, haben die Regeln noch extra dazu beigetragen, dass dieser Fehler passiert ist. Das werden wir uns auch angucken, aber wichtig ist, dass auch bei noch so guten Regeln in der Anwendung ein Fehler unterlaufen kann.

Abg. Dr. Sandra Detzer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, das war´s.

Der Vorsitzende Klaus Ernst: Danke. Herr Holm, bitte.

Abg. Leif-Erik Holm (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht zunächst an Staatssekretär Graichen. Ich würde gerne noch einmal den Fall Schäfer chronologisch beleuchten. Sie haben also gesagt, im Januar haben Sie einen Anruf von Herrn Schäfer erhalten und der hat Ihnen dann gesagt, dass er sich gerne bewerben möchte für die dena, oder wie ist das gelaufen?

StS Dr. Patrick Graichen (BMWK): Ja, er hat davon Kenntnis bekommen, dass die dena-Geschäftsführung ausgeschrieben wird und mich darüber informiert, dass er sich bewerben werde.

Abg. Leif-Erik Holm (AfD): Und Sie haben ihn daraufhin auf die Vorschlagsliste gesetzt?

StS Dr. Patrick Graichen (BMWK): Ich habe dann, als die Frage der Personalagentur kam,

welche Namen aus meiner Sicht in Frage kommen, ihn unter fünf oder sechs Namen, die ich, glaube ich, genannt habe, mit aufgelistet.

Abg. Leif-Erik Holm (AfD): Also, es waren mehrere Namen, die Sie dort genannt haben, und dann ist das ...

StS Dr. Patrick Graichen (BMWK): In der Tat.

Abg. Leif-Erik Holm (AfD): Am 10. März hat dann die Findungskommission getagt. Es waren also sechs Bewerber da, und dann hat sich schnell herauskristallisiert, dass einer der Favorit sein soll. Das war dann einstimmige Meinung dort in der Kommission.

StS Dr. Patrick Graichen (BMWK): Ja, davor gab es noch einen Zwischenschritt. Die Personalagentur hat von den verschiedenen Bewerbungen elf ausgewählt und der Findungskommission vorgestellt. Und dann hat die Findungskommission aus diesen elf sechs ausgewählt zur Einladung zum Bewerbungsgespräch. Und bei diesem Bewerbungsgespräch, in der Tat, gab es eine Diskussion unter dem Parlamentarischen Staatssekretär Wenzel, dem Referatsleiter für die Fragen der Betriebsverwaltung, meiner Person und der Co-Geschäftsführerin Frau Haverkamp. Und diese vier haben einvernehmlich das gemeinsame Votum für Michael Schäfer getroffen.

Abg. Leif-Erik Holm (AfD): Wie haben Sie sich dort in die Diskussion eingebracht? Sie haben ja gesagt, Sie haben Herrn Schäfer dann aktiv empfohlen.

StS Dr. Patrick Graichen (BMWK): Das „aktiv empfohlen“ ist nicht meine Formulierung gewesen. Ich habe mich eher bei der Beurteilung von Herrn Schäfer zurückgehalten. Ich habe aber auch nicht, als es insgesamt um die Qualitäten der unterschiedlichen Kandidaten ging, ihn nicht gewürdigt.



Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD): Sie haben ihn also quasi unterstützt, ohne es jetzt sehr aktiv zu machen?

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Ich habe, als es um die sechs Kandidaten ging, und ihre Qualitäten und ihre Stärken und Schwächen, mich an der Diskussion beteiligt. Ich habe aber nicht aktiv Michael Schäfer gegenüber den anderen Mitgliedern der Kommission nach vorne gestellt. Vielleicht kann Stefan Wenzel das ergänzen.

Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD): Können Sie gerne, Herr Wenzel.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Ja, in der Tat war es so, dass die vier Personen einheitlich zu der Auffassung gelangt sind, dass Herr Schäfer die beste Qualifikation hatte von den Bewerberinnen und Bewerbern, das war einvernehmlich. Und insofern kann ich das bestätigen, was Herr Graichen sagt.

Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD): Dann eine Frage an den Herrn Minister, wenn Sie noch einen Moment haben. Am 24. April sind Sie dann informiert worden, Herr Habeck. Wie haben Sie darauf reagiert, auf diese Information?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): Mir war unmittelbar klar, dass das eine relevante Information ist, die wahrscheinlich mit den Compliance-Regeln nicht im Einklang steht. Ich war allerdings, wie mehrfach ausgeführt, mit dem ganzen Verfahren nicht befasst und habe erst einmal die Leitungsebene gebeten, das Verfahren aufzuarbeiten, um ein bisschen zu verstehen, worüber ich hier gerade rede und welche Entscheidung, die ja erkennbar dann eine weitreichende Wirkung haben würde, zu treffen wäre. Als die Vorlage oder das Aufarbeiten da war, habe ich sofort das Compliance-Referat eingeschaltet und dann entsprechend gehandelt.

Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD): Ich hätte eine letzte Frage noch an Herrn Graichen ganz kurz. Sie sprechen ja die ganze Zeit von einem Fehler. Das erschließt sich mir nicht, denn sie haben vorher alle darauf hingewiesen im Ministerium, dass es eben diese große Transparenz gibt bei der Einstellung, die Sie anfangs dann auch gewahrt haben. Und da müssten Sie doch für diese Transparenz auch sensibilisiert gewesen sein, in dem Punkt. Das erschließt sich mir nicht.

StS **Dr. Patrick Graichen** (BMWK): Der Fehler war, dass ich die Tatsache, dass Michael Schäfer ein langjähriger Freund ist, mein Trauzeuge, nicht als möglichen Interessenkonflikt in diesem Kontext wahrgenommen habe.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Okay. Danke schön. Jetzt hat Frau Hajduk darum gebeten, noch eine Frage von Frau Klöckner zu beantworten, die sie inzwischen klären konnte. Ich denke, das lasse ich zu. Frau Hajduk, bitte.

StS **Anja Hajduk** (BMWK): Ich muss schnell machen wegen der laufenden Zeit. Die Kabinettsvorlage ist vom 11. August letzten Jahres, die ist gezeichnet von Udo Philipp in Vertretung für den Minister, dem Kabinett zugeleitet worden mit der Entscheidung, den Aufsichtsrat der dena zu besetzen. Das Kabinett hat am 24. August letzten Jahres entschieden. Das Kabinett geht nur einen ganz bestimmten Weg, laut Geschäftsordnung der Bundesregierung. Ich vermute, dass der Minister vielleicht im Urlaub war, wenn es in Vertretung gezeichnet wurde. Ich muss so etwas auch manchmal tun.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: So, als nächstes Herr Houben, bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Die Herren Vorsitzenden, Herr Minister, ich möchte noch einmal auf diese Frage von Herrn Schäfer und dem Vorgänger Herrn Kuhlmann eingehen. Ich gehe davon aus, dass Herr Schäfer, weil er den



Arbeitsvertrag unterschrieben hat, natürlich bei seinem alten Arbeitgeber gekündigt hat. Wie geht man mit dieser Problematik um? Herr Wenzel hat ja ausgeführt, dass da unter Umständen Kosten auf die dena zukommen. Inwieweit wird in der dena geprüft, dass man, – ich sage einmal in Anführungszeichen – „auf diesen etwaigen Kosten nicht sitzen bleibt“? Und in dem Zusammenhang die Frage, da wir auch kein Interesse haben, dass die dena längere Zeit ohne Führung ist: Ist man im Gespräch mit Herrn Kuhlmann, gegebenenfalls doch seinen Vertrag zu verlängern?

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Zu 1): Der Aufsichtsrat legt Wert darauf, hier alle unnötigen Kosten zu vermeiden, und demgemäß haben wir auch entsprechende Vorkehrungen getroffen beziehungsweise lassen uns da arbeitsrechtlich beraten. Und zu 2): Nein.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Vielen Dank. Gestern wurde gemeldet, dass auf Vorschlag des Umweltministeriums der Bruder von Herrn Graichen, Jakob Graichen vom Öko-Institut, in den „Arbeitskreis klimaneutrale Raumfahrt“ des BMWK berufen wurde. Später wurde das korrigiert und es ist dann gesagt worden, dieser Vorschlag käme aus dem BMWK. Welcher der Staatssekretäre hat jetzt dieses Verfahren geführt oder ist es eine Zeitungssente? Inwieweit war welcher Staatssekretär am Auswahlprozess beteiligt? Und wie ist da der Vorgang zu bewerten?

BM **Dr. Robert Habeck** (BMWK): In keinem Fall war Staatssekretär Graichen beteiligt, sondern die Luft- und Raumfahrt liegt in der Industrieabteilung – das wäre dann die Verantwortung von Udo Philipp, dem Staatssekretär für die Industrieabteilung –, wird aber in diesem Fall, weil wir eine Koordinatorin für Luft- und Raumfahrt haben, nämlich Anna Christmann, von dieser geführt. Das heißt, mit diesem Vorgang war der Staatssekretär Graichen nicht befasst. Es war eine übereinstimmende Runde mit den verschiedenen Ressorts, die daran unter der BMWK-Verantwortung von Anna

Christmann beteiligt sind, und insofern ist die Compliance-Regel an der Stelle nicht berührt. Ich weise noch einmal darauf hin, dass ich am Anfang ein Gerichtsurteil zitiert habe, wonach es sogar verboten ist, bestimmte Verbände auszuschließen von öffentlichen Aufträgen, wenn es mildere Mittel gibt, nämlich Brandmauern, Compliance-Regeln einzuziehen, was hier ja erkennbar der Fall ist.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Danke.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Danke. Die letzte Frage geht an Herrn Meiser, bitte.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Wenzel, noch einmal auch zur Frage, was jetzt mit dem ja schon abgeschlossenen Vertrag mit Herrn Schäfer passiert. Es war der Presse gegenüber eigentlich suggeriert worden, oder sie hat selber es draus gemacht, dass Herr Wenzel (*sic!*) sich vom Vertrag zurückzieht, das liest man dann so wie: er hat gekündigt ...

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Nein, ich nicht!

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Ja, ich habe das jetzt schon zur Kenntnis genommen. Daran ergibt sich ja, der Vertrag ist noch gültig, ist noch in Kraft. Deswegen die Frage: Was ist denn das Worst-Case Szenario, rein kostenmäßig? Ich kenne den Vertrag nicht. Was ist an Abfindungen bei Vertragsauflösung, Kündigung seitens der dena etc. umfasst? Was könnte da an Kosten für die dena im Raum stehen, maximal? Das werden Sie ja sicherlich schon geprüft haben.

PStS **Stefan Wenzel** (BMWK): Da will ich jetzt nicht spekulieren. Wir haben gestern auch gegenüber der Presse deutlich gemacht, dass die Gespräche anhalten. Was dabei herauskommt, das wäre Kaffeesatzleserei.

Abg. **Pascal Meiser** (DIE LINKE.): Aber aus dem Vertrag muss sich das doch ziemlich ein-



deutig ergeben, was sich im Falle der vorzeitigen Vertragskündigung seitens der dena an möglichen Kosten ergibt. Das ist doch eindeutig festgeschrieben, oder nicht?

PStS Stefan Wenzel (BMWK): Arbeitsrecht ist ein weites Feld.

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Also, das klingt jetzt ehrlich gesagt entweder sehr intransparent oder sehr unseriös. Aber gut, dazu muss sich jeder seine Meinung bilden. Mein zweiter Fragenkomplex: Noch einmal zu der Frage, was denn jetzt eigentlich daraus folgt, dass wir hier offensichtlich einen Compliance-Verstoß haben. Wir haben eine Situation, wo, wenn ich die Frau Staatssekretärin richtig verstanden habe, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird – noch nicht eingeleitet ist, aber eingeleitet wird. Können Sie das bestätigen?

StS Anja Hajduk (BMWK): Nein, ich habe von einer beamtenrechtlichen Würdigung gesprochen. Das ist im Prüfverfahren jetzt.

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Also das heißt, Sie entscheiden noch, ob Sie ein Disziplinarverfahren einleiten werden und wollen?

StS Anja Hajduk (BMWK): Prüfung ist in ordentlichen Verfahren vor Entscheidung.

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Ja. Also Sie wissen noch nicht, ob Sie ein disziplinarrechtliches Verfahren einleiten wollen. Das finde ich angesichts des offenkundigen Compliance-Verstoßes bemerkenswert, nehme es aber so zur Kenntnis. Dann frage ich aber ...

StS Anja Hajduk (BMWK): Wir versuchen uns doch nur korrekt zu verhalten und eine Vorprüfung...

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Ich bitte Sie, mich als Abgeordneten aussprechen zu lassen an dieser Stelle. Das wäre doch angemessen, glaube ich. Aber nochmals im Konjunktiv dann: Wir gehen einmal davon aus, es kommt

zu einem disziplinarrechtlichen Verfahren. Herr Habeck, schließen Sie aus, dass Sie in einem solchen Fall Herrn Graichen als Staatssekretär entlassen?

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Herr Abgeordneter, Sie legen ja zu Recht sehr viel Wert darauf, dass die Rechtsförmlichkeit eingehalten wird, in allen Schritten, und deswegen würde ich sogar darauf bestehen wollen, entlang Ihrer eigenen Logik, dass jetzt rechtsförmlich vorgegangen wird, das heißt, die Prüfung also durchgeführt wird. Deswegen werde ich mich nicht, wie Ihre Frage insinuiert, an Vorverurteilungen oder Vorfestlegungen beteiligen. Sie wissen, dass ich, Frau Klöckner hat es ja auch angespielt, eine Letztverantwortung habe. Würde ich mich jetzt in irgendeiner Form irgendwie äußern, wie sollte dann eine unabhängige Prüfung durchgeführt werden können? Insofern bitte ich Sie zu sehen, dass Sie mit einem politischen Frageinteresse zu Recht agieren dürfen, aber Ihre Fragen nur dazu führen können, dass wir die Sauberkeit des beamtenrechtlichen Verfahrens hier verletzen. Und das werde ich nicht tun.

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Dann halte ich jetzt für mich fest: Sie schließen nicht aus, dass Sie im Falle einer Einleitung eines entsprechenden disziplinarrechtlichen Verfahrens Herrn Graichen entlassen.

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Was Sie für sich festhalten, ist vollständig Ihre Sache. Ich habe gesagt, was zu sagen ist, und würde alle bitten, jetzt nicht aus einer negativen Dialektik heraus einen falschen Schluss zu ziehen.

Abg. Pascal Meiser (DIE LINKE.): Glauben Sie, dass das der Energiewende und der Arbeit Ihres Hauses dienlich ist?

BM Dr. Robert Habeck (BMWK): Ich glaube, dass die Energiewende hart umkämpft ist und dass es bei diesen politischen Debatten, die wir haben, berechtigterweise um Interessenwahrung und -vertretung geht. Ich hoffe, es ist,



glaube ich, und ich hatte so angefangen, hier in weiten Teilen gelungen, dass Differenzierung in der Sache stattfindet, also die Aufklärung eines persönlichen Fehlers und die Auseinandersetzung, wer gewinnt und wer verliert durch politische Entscheidungen, wieder auseinandergehalten werden können. Und wenn das gelingt, dann ist beidem, der Sachaufklärung und der Verantwortung dafür, aber auch der politischen Arbeit, gedient, ja.

Der **Vorsitzende Klaus Ernst**: Danke! Ich möchte mich bei allen Anwesenden recht herzlich bedanken. Wir sind jetzt, worauf Sie richtigerweise hingewiesen haben, am Ende der Debatte. Ich möchte mich bei allen Anwesenden recht herzlich bedanken. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, Herr Habeck, und bei der anwesenden Staatssekretärin sowie den Staatssekretären. Ich denke, die Debatte war trotz aller Angespanntheit und trotz aller unterschiedlichen Interessen in dieser Debatte

eine sehr sachliche Debatte, vielleicht bis auf einen Ausreißer. Ich hoffe, wir werden im Laufe der nächsten Zeit so etwas nicht noch einmal erleben. Ich glaube, das ist in niemandes Interesse. Aber ich hoffe auch, dass solche Dinge so behandelt werden, dass sie künftig tatsächlich ausgeschlossen sind. Damit möchte ich es beenden. Ich danke Ihnen, dass Sie gekommen sind. Ich danke Ihnen auch für die relativ unkomplizierte Zusammenkunft. Ich bedanke mich bei der SPD-Fraktion, dass sie uns diesen Raum zur Verfügung gestellt hat, sodass wir hier anständig tagen konnten. Denn sonst wäre der Beschluss einer gemeinsamen Sitzung vielleicht schlichtweg an der Raumfrage gescheitert und das wollten wir natürlich nicht. Damit wäre ich am Ende und ich würde die Versammlung gern schließen. Ich danke, dass Sie da waren.

Schluss der Sitzung: 14:30 Uhr